

Ankleben!

Ankleben!

13. Jahrgang / Nr. 291 / Preis für Groß-Berlin Auswärts 15 Pfennig 10 Pfennig

Berlin, Sonnabend, 13. Dezember 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1 5481. Geschäftszeit des Verlages von 1/2 9 Uhr bis 1/2 7 Uhr. Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 12 bis 13 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Verlag: Koffmeyer Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Berlin, Dep.-Kasse Velle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G.m.b.H. Postfach 10000 Berlin NW 278 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3.-, Quart einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Bezugszahlbar. Postbezug inkl. Postgebühr 3,50 Mark; Streifenband im Inland sowie nach Österreich, Ungarn, Luxemburg, Danzig, Memel und Saargebiet 4,50 Mark. übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Normzeile 70 Pf. Arbeiterorganisations- und Familienanzeigen: Seite 40 50. Kleine Anzeigen: Legatur 15 Pf., Weberdruck 20 Pf. Werbe- und Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (E 1) Berlin 1832, 1833.

Die Feinde des Volkes

NSDAP. und SPD. die Flügelparteien der faschistischen Diktatur. Hier der Beweis

„Wer da viel hat, der wird auch noch viel mehr dazu bekommen. Dem, der wenig hat, dem wird auch noch das Wenige genommen. Wenn du aber gar nichts hast, ach, dann lasse dich begraben, Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“
Heinrich Heine.

Das Parlament der faschistischen Diktatur hat sich gestern selbst bis zum 2. Februar nach Hause geschickt. Es hat die Aufgabe, die die faschistische Diktatur ihm stellte, erfüllt. Es hat sich selbst den Totenschein ausgestellt. Seine letzten Taten waren die Legalisierung von Maßnahmen zur Vergrößerung des Massenhungers, waren Raubzüge gegen die Millionen der Verelendeten und Milliarden-geschenke an die Volksausplünderer.

Die acht Tage Reichstagsberatung vom 3. bis zum 12. Dezember, diese letzten kreischenden Umdrehungen einer zerbrochenen Maschine, haben dem Volk der Werktätigen in Stadt und Land gezeigt, was die faschistische Diktatur ist: Hunger und Unterdrückung für die Arbeitenden und Verelendeten, maßlose Bereicherung der besitzenden Ausbeuter. Sie haben zugleich bewiesen, wer die Parteien der Hungerkatastrophe, der faschistischen Diktatur sind: Alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Nazis: Alles für die Millionäre, die Armen sollen zahlen

Am 9. Dezember standen im Reichstag die kommunistischen Anträge zur Abstimmung, in denen die Kommunistische Partei dem Willen der Massen, „Die Reichen sollen zahlen!“, Ausdruck gab. Die KPD. verlangte eine Sondersteuer von 20 Prozent für Millionäre, eine Steuer von 20 Prozent auf sämtliche Dividenden, eine Sondersteuer von 20 Prozent für sämtliche Aufsichtsratsantien, eine Sondersteuer von 20 Prozent auf alle großen Einkommen über 50 000 Mark. Gegen alle diese Anträge stimmten die Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten stimmten zehn Tage vorher im Ausschuss ebenfalls gegen diese Anträge. Am 3. Oktober nannte das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, diese Forderung „eine Verhöhnung des Volkes“.

Sozis: Erwerbslose brauchen keine Winterbeihilfe

Am 12. Dezember standen im Reichstag die kommunistischen Anträge auf Gewährung einer Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner, Altersinvaliden und Kriegsoptioner zur Abstimmung. Die Kommunisten verlangten, daß jedem Hauptunterstützungsempfänger 40 Mark, jedem Unterhaltungsberechtigten 12 Mark und den Empfängern von Waisenrente ebenfalls 12 Mark aus Mitteln des Reichs als Winterbeihilfe ausbezahlt werden sollen. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 284 Stimmen der Sozialdemokraten und der Brüning-Parteien gegen 183 Stimmen

abgelehnt. Die Stimmen der Sozialdemokraten gaben den Ausschlag für die Ablehnung dieser Anträge. Diesmal sahen die Nationalsozialisten, daß die SPD. es für sie übernimmt, die Anträge der KPD. zu Fall zu bringen, und so stimmten sie mit der gleichen Verlogenheit wie die Sozialdemokraten bei den Millionärsteueranträgen der KPD. für den kommunistischen Antrag auf Winterbeihilfe. In Thüringen dagegen, wo sie an der Macht sind, haben die Nationalsozialisten die Winterbeihilfe abgelehnt.

SPD. und Zentrum rauben den Hungernden das billige Fleisch

Durch die Initiative der kommunistischen Reichstagsfraktion war im Reichstagsausschuß ein kommunistischer Antrag auf Verbilligung von Fleisch für die hungernden Massen angenommen worden. In der letzten Sitzung des Reichstages am 12. Dezember verlangte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler, daß dieser Antrag sowie ein Antrag auf zollfreie Einfuhr von billigem Gefrierfleisch auf die Tagesordnung gestellt und beraten wird. Sozialdemokrat Paul Löbe verhinderte die Beratung und Annahme dieses Antrages. Auf seine Aufforderung hin erhob das „christliche“ Zentrum gegen die Beratung Widerspruch. Die Anträge wurden mit dem Reichstag zusammen vergraben und begraben.

Wer Milliarden Steuern unterschlägt, darf Geraubtes behalten

Unter den Gesetzen, die durch Notverordnung verkündet und vom Reichstag durch die Zustimmung der SPD. sanktioniert worden sind, befindet sich auch eine Ermächtigung an die Brüning-Regierung zum Erlass einer Steueramnestie. Den Volksverrätern, die Milliarden über die Grenzen geschoben, die das Volk um hunderte Millionen Steuern betrogen haben, wird durch diese Steueramnestie nicht nur völlige Straffreiheit zugesichert, sondern es werden ihnen zugleich die hinterzogenen Steuerbeträge geschenkt. Jeder Erwerbslose, der, weil er von den Bettelpfennigen der Wohlfahrt nicht leben kann, sich einige Groschen Nebenverdienst verschafft, wird rücksichtslos wegen Betruges bestraft und eingesperrt. Die vollgefressenen Schieber aber, die dem hungernden Deutschland die Steuern entziehen, die ihr aus dem Schwweiß der Arbeitenden gepreßtes Kapital ins Ausland verschieben, erhalten Straffreiheit und erhalten das gestohlene Geld geschenkt. Das ist wahrhaft „christliche“ Moral des frommen Zentrumsmannes Brüning.

Eure Antwort: Nein in die KPD!

Streikbefehl im Einzelhandel

Kampfausschuß bei der Firma Seifert

In der vom Betriebsrat einberufenen Belegschaftsversammlung der Firma Seifert, die von 1500 Arbeitern und Angehörigen besucht war, wurde auf Vorschlag der KPD-Betriebsgruppe ein Kampfausschuß gewählt und der Firma ein Ultimatum gestellt. Die Belegschaft will nach der Weisung der Streik treiben, wenn die Firma nicht

die richtige Erklärung abgibt, keinen Gehaltssatz vorzunehmen. Die Betriebsversammlung appelliert an alle Betriebe des Berliner Einzelhandels, sich dem Vorgehen der Arbeiter und Angestellten anzuschließen.

Wichtig! Wichtig!

Heute politische Rundfrage, siehe 4. Seite

Mitteldeutsche Metallunternehmer fordern 15 Prozent Lohnabbau

Am 12. Dezember. Nachdem die mitteldeutschen Metallunternehmer einen Lohnabbau von 15 Prozent gefordert haben, hat der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller den Schlichtungsausschuß angerufen, der für den 13. Dezember Verhandlungen anberaumt hat. Unter dem Druck der empörten Metallarbeiter mußte der DMB. die Erklärung abgeben, daß er an den Verhandlungen nicht teilnehmen wird.

Die Kommune lebt

Berliner Arbeiter grüßen die heldenhaften Kämpfe der chinesischen Arbeiter

Gestern Abend, am dritten Jahrestag der Kommune von Peking, gedachten die Arbeiter Moabits in einer Versammlung im Moabiter Gesellschaftshaus der heldenhaften Gefallenen der ersten chinesischen Sowjetkommune...

Chinesische und japanische Genossen sprachen. 60 Millionen Menschen in mehr als 200 Kreisen unter der Fahne der Sowjetmacht. Der erste Allchinesische Sowjetkongress tritt zusammen. Er wird den Weg zeigen zur Vollenbung, zum Sieg der großen chinesischen Revolution.

Sie schämen sich für Goebbels

Magistudenten zensurieren „Josef Goebbels und Gertha Holt“

Die rote Studentengruppe an der Berliner Universität wollte ihren Mitgliedern und den proletarischen Studenten die Geistesprodukte des asiatischen Untermenschen Goebbels, die wir gestern unter dem Titel „Josef Goebbels und Gertha Holt“ veröffentlichten, nicht vorantreiben. Sie schlug deswegen diesen Artikel an ihrem Brett an.

Die Magistudenten standen fadenweise davor und ergötzen sich an den lauzischen Ergüssen ihres Führers. Und siehe da. Dieselben Nazis, die noch vor wenigen Wochen über den Raub der Studentenfürsorge kicherten, als die Schupo in die geistigen Keller der Universität einbrach, sie hatten nichts Eiligeres zu tun, als die rote Studentengruppe bei dem Universitätsrat zu denunzieren.

Zu gleicher Zeit spielte sich ein noch viel bezeichnenderer Vorfall ab. Es hatte sich ein junger Arbeiter in die geweihte Stätte der Alma Mater verirrt. Wahrscheinlich wollte er sich mal etwas über die zerhackten Wägen der Korps- und Magistudenten amüsieren. Kaum sah die Nazis, daß es ein Arbeiter gewagt hatte, den Boden der Universität zu betreten, so führten sie sich in ihrer akademischen Würde verletzt. Sie gingen sofort an zu krauelen: „Was will denn der hier? Das ist ja gar kein Student, raus! Der hat hier nichts zu suchen!“ Und das ist die Elite der Nazi-„Arbeiter“-partei!

Brillantenraub in Berlin

Dienstmädchen mit 120 000 Mark Schmuck gestohlen

Von Zeit zu Zeit, sei es bei Einbrüchen oder Diebstählen, offenbart die bürgerliche Sensationspresse, was für Reichtümer bei den guten Staatsbürgern in Berliner Westen nutzlos aufgestapelt sind. So wird man jetzt bei Gelegenheit eines Reichenjubiläum diebstahls beim Kaufmann Permatoff (russischer Emigrant) gestohlenes Eigentum der russischen Arbeiter und Bauern? in der Prager Straße 27 bewahrt, daß dort Brillanten, Rubinen und Brillanten im Werte von etwa 120 000.— Mark aufgestapelt waren, die nun von dem Dienstmädchen Ruth Josef gestohlen wurden.

Der Diebstahl, der vermutlich in der Nacht zum Donnerstag begangen wurde, ist erst am Donnerstag nachmittag von den Bestohlenen entdeckt worden. Allen Anzeichen nach hat das Mädchen ihre Flucht sorgfältig vorbereitet. Denn außer dem kostbaren Schmuck werden noch wertvolle Pelze, zwei Leberlöcher und eine Substanz vermischt. Die Arbeiterhaft macht es zu diesem Diebstahl ihren eigenen Verz.

Großfeuer in einer Zigarererei

Rauchentwicklung erschwert Löscharbeiten

Gestern morgen gegen 3 Uhr brach auf dem Fabrikgrundstück Admiralstraße 18 ein Feuer aus, das einen erheblichen Schaden anrichtete. Der Wächter Lemert in der Zigarererei des 3. Stadtwerts einen hellen Feuerchein und alarmiert sofort die Feuerwehr. Als die ersten Züge eintrafen, waren die Flammen bereits durch den vierten und fünften Stock durchgedrungen und hatten schon den Dachstuhl gefressen. Auf das Signal: 3. Alarmstufe trafen drei weitere Löschzüge an der Brandstelle ein. Starke Rauchwolken behinderten die Löscharbeiten. Die Mannschaften wußten mit Rauchschutzmäskeln das Feuer bekämpfen. Erst nach Stundenlanger anstrengender Arbeit konnte „Feuer aus!“ gemeldet werden. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht genau festgestellt.

Zuf der Chaussee ausgerannt

Raffensbeamten niedergeschlagen und 700 Mark erbeutet

In den Mittagsstunden des Freitags wurde der Raffensbeamte Wichmann vom Postkassierer Friedrichshagen, der 700 Mark Unterstützungsgelder nach Wilhelmshagen brachte, auf der Fürstenwälder Chaussee überfallen. Zwei Männer kließen ihn von seinem Fahrer und schlugen ihn zu Boden. Mit der Aktenmappe und dem Kasse des Besatzungsführers flohen die Täter. Ihre Verfolgung blieb ergebnislos.

Bolle bimmelt nicht mehr

Die RGO. stößt vor — 14 Mark Wochenlohn für Bolle-Jungen

Bolle streikt — 1800 Arbeiter kämpfen. Die Milchwagen klappern nicht mehr durch den Berliner Morgen. In solch einer ausgerollten langen Reihe, wie nach dem Exerzierregiment abgestochen, stehen die Wagenkolonnen auf dem Hof.

Die Bolle-Jungen bimmeln nicht mehr. Sie stehen Streikposten, sie verteilen Flugzettel, sie führen Kleinstreit mit der Polizei, die den Streik unter Druck setzt.

Es ist noch dunkel, 47 Uhr. Vor der Filiale Kopperstraße. Ein Bolle-Junge verteilt Flugblätter. Da, in schneller Fahrt, faucht im Morgengraue eine Tazze heran. Zwei Polizisten springen heraus.

„Mitkommen, Kaufjunge! Wir werden dir lernen...“ Die Zettel sind beschlagnahmt, der Verteiler verhaftet. Eine Wilmerdorfer Filiale. Der Filialleiter will die Milch durch Verkäuferinnen austragen lassen. Folgendes Gespräch:

„Fräulein B., Sie müssen Milch austragen gehen.“ „Ich werde mir meine Knochen zerschlagen lassen, — nee!“ „Reden Sie nicht, es weiß ja niemand Bescheid, daß gestreikt wird.“

„Da sind Sie aber schief gewickelt! Die würden mir ja die Milch über'n Kopf gießen. Ich trage keine Milch aus. Streikbrecher werde ich nicht.“

Die Berliner unterstützen den Bolle-Kampf. Bolle wird boykottiert. Ein Käufer erzählt: „Wissen Sie, was die Frauen mir in meinem Revier gesagt haben? Wenn ein Streikbrecher kommt, schmeißen sie ihm den Wagen um.“

Im Streiklokal der RGO großer Betrieb. Streikposten kommen. Die Reformisten haben sie mit Polizei fortjagen lassen. Und wie sie Streikposten stehen! Die Bahnfahrer haben Milch vom Bahnhof abgefahren und die Streikposten vom Gesamtverband haben den Streikbrechern die Tore auf-

gemacht. Sie sind ihre Portiers geworden. Wir, die RGO., müssen Waffentreibposten stehen, das ist die Lehre. In den Arminius-Hallen eine Streikversammlung der RGO. Umherlaufende Schuposicherer wollen ans den Weg.

In der Versammlung besonders viel Jugendliche. 800 von 1500 Versammelten sind Jugendliche. Ein einziger bestehender Prozenttag. Jungen, 14- bis 15jährige, schulentlassene machen ihre ersten Streikerfahrungen. Sie erzählen: 14, 15, 21 Mark, das sind die wirklichen Löhne. Aber keiner erreicht sie. Die Jungen sollen ihren Lohn selber kassieren; 5 Pfennig pro Kunden. Hierbei gibt's ewiges Manö. 9, 10 bis 20 Mark, das sind die wirklichen Löhne. Danach will der Schlichter 10 Prozent abziehen, und dann wird 12 Stunden täglich gearbeitet! Das wird es nicht geben; wir werden siegen!

Gestern hat die RGO. begonnen, die Streikenden in ihren Läden zu registrieren. Von 9 bis 11 Uhr ist Stempelkontrolle. Ein Kampfausschuss ist gebildet. Vertreter aller Betriebsgruppen gehören ihm an. Die RGO. bereitet die Hilfsaktion vor. Die Bolle-Jungen, die schon während der Arbeit hungrigen, sind jetzt noch mittelloser. Zur Zeit können die Reformisten keine andere Aufgabe, als hinter dem Rücken der Streikenden den Streikbruch vorzubereiten.

In der Streikversammlung der RGO. wurde die Frage der Einlösung der Notstandsarbeiten gestellt. „Was ist Notstandsarbeit? Büros heizen? Wer heizt denn unsere Stuben, wenn wir streiken?“ Das Verhältnis zwischen Reformisten und RGO. verhärtet sich. Zwangsmaßnahmen und Gewalteinwirkung werden den Bolle-Streik nicht bezwingen. Die RGO. übernimmt die Führung. Der Lohnabbau-Angriff wird abgelehnt; die Arbeiter werden ihre Lohnforderungen durchsetzen!

Wird Grzesinski Heilsarmee Soldat?

Keinen Pfennig den Heilsarmeebrüdern!

In allen Betrieben, Kontoren, Stempelstellen sammelt für Winterhilfsaktion der Roten Hilfe!

Zeit zwei Tagen kann man in allen Teilen der Stadt feststellen, daß die Heilsarmee, deren Schnorrjammungen zur angeblichen Hilfe für Minderbemittelte dienen sollen, wieder in voller Tätigkeit sind. Die Kochtöpfe des Heilsarmeevereins, deren Aufstellung noch vor kurzem vom Polizeipräsidenten Grzesinski verboten war, sind nun, trotzdem sie für die überwiegend wertvolle Bevölkerung Berlins nichts weiter als eine unerwünschte Belästigung bedeuten, wieder unter ausbrüchlicher Zurücknahme des Verbots zu sehen.

Für die aufgeklärte proletarische Bevölkerung Berlins ist dieser Akt des Ju-Kreuzer-Kriegens eines Mitgliedes der religiösen „sozialistischen“ SPD. kein Wunder. Schrien doch am Tage des Bekanntwerdens des Verbotes die Zeitungsschmols von Ulstein bis zu Goebbels auf und verlangten die sofortige Zurücknahme des Verbots. So kann es denn nicht weiter wundernehmen, daß Herr Grzesinski zunächst einmal sofort einen Rückzug antrat und die Sammlung der Soldaten des Himmels in den Kinos und Theatern auf Erden gestattete. Damit nicht zufrieden, randalierten die Brüder weiter und die Schuldträger sozialistischer Kulturreaktion, zu denen auch Herr Grzesinski gehört, befolgten den ihnen von Ulstein erteilten

Befehl. Grzesinski hob das Verbot nunmehr gänzlich auf. Er tat das, trotzdem er, wie in der Presse mitgeteilt wurde, dieses Verbot erlassen hatte, weil der Ertrag der Sammlung nach Feststellungen der Polizei nur zum kleinsten Teil für den eigentlichen Zweck — nämlich der Einfangung hungernder Erwerbsloser für religiöse Zerleihen — verbraucht würde, denn, so heißt es in der Verbandsbegründung, der übergroße Teil der Sammlungen werde vom Apparat der Heilsarmee verschlungen.

Man vergleiche das Vorgehen des famosen Sozialdemokraten Grzesinski, der wohl jetzt die Absicht hat, selbst Mitglied der Heilsarmee zu werden,

mit den Verfolgungen, denen die Sammlungen zur Winterhilfsaktion der Roten Hilfe für unsere 1300 eingekerkerten Kassenbrüder ausgeht sind.

Da kommt natürlich die Erteilung einer Erlaubnis zur öffentlichen Sammlung überhaupt nicht in Frage. Das rote Berlin antwortet den Heilsarmeebrüdern und ihren Freunden im Polizeipräsidentium, antwortet den Trägern sozialistischer Lehren mit verächtlicher Aktivität und Solidarität in der Sammlung der Winterhilfsaktion der Roten Hilfe. Der Sozialismus zur Unterstützung unserer proletarischen politischen Gefangenen.

So sieht ein Nazi-Verjonalchef aus

Landesarbeitsgericht weiß Klage entlassener Wälingerproleten ab

Landes-Arbeitsgericht Grunerstraße — Herr Jeschow, der nationalsozialistische Personalchef der Wälinger-Wälinger-Gesellschaft, macht Jungenaussagen.

„Wenn wir schlechtes Bier verkaufen, werden die Arbeiter, die zum größten Teil unsere Bierkundschaft ausmachen, geschädigt.“

Man merkt doch gleich den nationalen „Sozialisten“, den „Arbeiterfreund“. Er macht bei Tage, er macht bei Nacht darüber, daß die Arbeiter ihr gutes Bier bekommen. Und weil der Papier Gaglin schlechtes Biergemisch ausgießt, mußte Jeschow ihn blutenden Herzens entlassen. Unternehmertragödie.

Die Genossin Benjamin, die Gaglin vertritt, fragt den Jeschow: „Gaglin hat doch sechs Jahre bei Ihnen gearbeitet; haben Sie keine schlechte Arbeit erst jetzt feststellen können?“

Jeschow: „Ja, er hat eigentlich schon viel zu lange bei uns gearbeitet.“

Genossin Benjamin: „Ja, natürlich, die Wälinger-WG. hat den Papier Gaglin als völlig unbrauchbaren Menschen aus purer Gütmiligkeit, aus Geduld seit sechs Jahre lang mit durchgeschleppt. Das wollen Sie uns erzählen? Ich neige jedoch mehr zu der Ansicht, daß Sie in den sechs Arbeitsjahren einen ansehnlichen Profit aus Gaglin herausgeschunden haben.“

Wenn jetzt mit Regelmäßigkeit gerade die langjährig beschäftigten Arbeiter herausgeschmissen werden unter Heranziehung unmöglichster Entlassungsgründe, so hat das nur einen Sinn: die Firma will 15 bis 20 Tage Urlaub, die langjährig Beschäftigten taxikalisch zustehen, sparen und trennt sich deshalb von ihren „alten Mitarbeitern“. Alle Mittel sind recht, sagt die Wälinger-WG. Herr Kolender, ihr Verteidiger, macht dunkle Andeutungen: „Schmutzgelber“, „Starker Berdach“. Er senkt die Stimme; mehr will er nicht sagen. Sonst wäre er juristisch als Verleumder zu fassen.

Die Genossin Benjamin hebt dieses erbärmliche und feige Verhalten der Firma gebührend hervor.

Die von Arbeiterseite vorgeschlagenen Zeugen sind nicht geladen und werden auch nicht verhört. Eine kurze Beratung, dann Ablehnung der Klage. Die Kosten des Verfahrens trägt der Kläger.

Landgericht istat Pracht in ein folgiamer, gefügiger Richter. Die Wälinger-WG. kann mit ihm zufrieden sein.

Im Korridor kommt die aufgepeitschte Wut der jubelnden Proleten zum Ausbruch, und jählicher Rückzug in den Jagstraß ist die einzige Rettung der Wälinger-Direktoren und Kontrollreure.

Warum haben Sie

SPD.-Wohlfahrtsvorsteher Refert gemahregelten Metallarbeiter der Obdachlosigkeit aus

Ein gemahregelter Metallarbeiter aus der SPD-Landbire geriet durch den Streik und die lange Karenzzeit in der Gewerkschaftsversicherung mit seiner Frau zwei Monate in Rückstand. Er verzichte, die Bezahlung durch das Wohlfahrtsamt zu erhalten. Zu diesem Zweck mußte er sich mit dem Bezirksvorsteher Spielvogel, Dandertstr. 79, in Verbindung setzen. Spielvogel, der Mitglied der SPD. ist, lehnte den Antrag kühnherd mit dem Bemerkten ab: „Warum haben Sie gestreikt, Sie hatten das ja gar nicht notwendig.“

Gastwirte gegen Steuerbelastung

Am Freitag, dem 15. Dezember, vormittags 11 Uhr, versammelten die Berliner Gastwirte im Berliner Konzerthaus, Rauerstraße 82, eine Protestkundgebung gegen die Steuerbelastungen des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes.

In den Spuren Mussolinis

Die deutschen Gewerkschaften auf dem Wege zu Mussolinischen Syndikaten

II. Lohnfestsetzung in Italien und in Deutschland

Womit erklären die Gewerkschaftsführer ihre Stellung zum Schlichtungswesen? Sie müssen selbst zugeben, daß auch in der guten Konjunktur die Schlichtungsbehörden der Arbeiterschaft in die Arme gefallen sind (Leipart in Düsseldorf am 19. November 1930). Sie können natürlich die übertriebene Rolle des Schlichtungsapparates in der Wirtschaftskrise nicht leugnen. Trotzdem sprechen sie sich nach wie vor für das Schlichtungswesen aus. Wie begründen sie das?

Die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des DGB, erklärt in dem Aufsatz „Politik und Schlichtung“ vom 15. November 1930, die Gewerkschaften stehen trotz aller Erfahrungen zum Schlichtungswesen und zur Verbindlichkeitserklärung. Warum? Darauf antwortet die „Gewerkschaftszeitung“:

„Dies alles (alle Fragen die mit dem Schlichtungswesen verbunden sind) ist jahraus, jahrein im Jahrbuch des DGB, ganz ausführlich und grundsätzlich erörtert worden. Am Schlusse der Darstellung über das Schlichtungswesen im Jahrbuch 1929, also zu einer Zeit, als die heutige politische Konstellation schon vorzuziehen war, ist zum Ausdruck gebracht worden, daß auch die Veränderungen in politischer Beziehung (Rücktritt der Reichsregierung Müller und Bildung der Reichsregierung Brüning) keinen Anlaß zur Nachprüfung dieser Stellungnahme bieten, da es sich bei dem Schlichtungswesen ausschließlich um die Verbindlichkeitserklärung um ein staatspolitisches Problem, also um eine grundsätzliche Frage handelt, die nicht je nach der politischen Konstellation anders beantwortet werden kann.“

Die Stellung der Gewerkschaften zum Schlichtungswesen kann — so erklärt die „Gewerkschaftszeitung“ — nicht beeinflusst werden von der Zusammensetzung der Regierung.

Das Schlichtungswesen sei ein staatspolitisches Problem, die behandelnde Einstellung der Gewerkschaften zum Schlichtungswesen resultiert aus ihrer Einstellung zum kapitalistischen Staat.

Der Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Edwin Brandes, prägte auf dem Berliner Verbandstag des DMB, den Satz, der am treffendsten die Grundeinstellung der Reformisten zum Schlichtungswesen formuliert. Er sagte bekanntlich: „Trotz aller schlechten Erfahrungen stehen wir nach wie vor zum Schlichtungswesen. Der Staat (der kapitalistische, die Reb.) hat das Recht, in die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital einzugreifen.“

Das Schlichtungswesen — müssen nunmehr die Gewerkschaftsführer zugeben — wendet sich immer gegen die Arbeiter, in der Krise genau so wie in der guten Konjunktur. Aber man kann dem kapitalistischen Staat sein angebliches Recht, die Arbeitsbedingungen in letzter Instanz zu regeln, nicht abstreiten. Diese Argumente sind zugleich auch die Auffassungen des Faschismus. Die Theoretiker des italienischen Faschismus haben fast mit denselben Worten die Rolle des Staates formuliert. Der erste Punkt der Carta del Lavoro, der faschistischen Arbeitsverfassung, lautet:

„Die italienische Nation ist ein Organismus, der höhere Ziele, höhere Ziele und Mitteln besitzt als die Individuen oder die Gruppen von Individuen, aus denen sie besteht. Sie ist eine moralische, politische und wirtschaftliche Einheit, die sich in dem faschistischen Staate vollständig verwirklicht.“

Dr. Heinersdorff schreibt in seinem Buche „Das Arbeitsverhältnis im faschistischen Recht“ über diesen Punkt:

„Hiermit wird der Staat über alles gestellt. Nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat, alles für den Staat. Deshalb soll ein Kampf der Interessen Einzelner oder einzelner Gruppen im Staate nur soweit zulässig sein, als die Interessen des Staates nicht gefährdet werden.“

Wir sehen, daß die Argumente der Gewerkschaftsführer, „der kapitalistische Staat hat das Recht, in die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit einzugreifen“, sich vollständig mit den Auffassungen des Mussolinischen Faschismus über die Rolle des Staates im Kampfe zwischen Arbeit und Kapital deckt.



Wie werden die Löhne im faschistischen Italien festgelegt?

Edmondo Rossini, der Schöpfer und Führer der faschistischen Gewerkschaften, hatte bei der Enttastung der faschistischen Bewegung in Italien die Absicht, gemischte Verbände der Arbeiter und Unternehmer zu schaffen, so daß die Löhne und anderen Arbeitsbedingungen für jede Industriebranche von der entsprechenden Leitung des gemischten Verbandes festgelegt werden sollten. Das ist das sogenannte „Ideal der korporativen Organisationen“. Er drang aber damit nicht durch. (Siehe Federath „Wesen und Werden des faschistischen Staates“, S. 124) Es wurden getrennte Arbeiterorganisationen und Unternehmerorganisationen geschaffen, die sich beide Syndikate nennen. Das Gewerkschaftsgesetz vom 2. April 1926 und die Carta del Lavoro vom 21. April 1927 umreißen die Pflichten und Rechte der Syndikate und ihre gegenseitigen Beziehungen. Löhne und andere Arbeitsbedingungen werden nach diesen Gesetzen durch Tarifverträge, die zwischen den faschistischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen abgeschlossen werden, festgelegt.

Das Recht, Tarifverträge abzuschließen, haben nur die vom Staat anerkannten faschistischen Syndikate. Die abgezeichneten Tarifverträge werden durch die Besorgenden kontrolliert und in dem örtlichen oder im Reichsanzeiger veröffentlicht. Sie sind allgemeiner verbindlich für alle Beschäftigten im entsprechenden Wirtschaftszweig. Kommt ein Tarifvertrag durch direkte Verhandlungen zwischen den entsprechenden Syndikaten nicht zum Abschluß, dann steht es nach dem Gewerkschaftsgesetz den Tarifvertragsparteien frei, sich einem Schlichtungsamt zu unterwerfen. Als Schlichtungsamt dienen die Organe des Ministeriums für Korporationen. In jedem Wirtschaftszweig und Wirtschaftszweig existieren die Korporationen. Die Korporationen haben auch andere Aufgaben zu erfüllen, aber in der Hauptsache sind sie dazu da, um Streitigkeiten zwischen den verbundenen Syndikaten zu schlichten.

Gegen den Spruch der korporativen Behörde geht die Berufung an das Arbeitsgericht. Bei den konsensuellen Appellationsgerichten existiert eine arbeitsgerichtliche Sektion,

die die Fragen der Tarifverträge endgültig durch Gerichtsurteil regelt. Eine Berufung gegen die Urteile des Arbeitsgerichts gibt es nicht. Die Nichtbefolgung des Gerichtsurteils führt zu Geldstrafen.

Dr. Hans Kneple charakterisiert in seinem Buch „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ den Mechanismus der Festlegung der Löhne und anderer Arbeitsbedingungen in Italien (Seite 97) wie folgt:

„Der Faschismus stellt nun die Lehre auf, daß der gerechte Lohn durch rein logisch-kalkulatorische Operation gefunden werden könne, und zwar entsprechend den normalen Lebensverhältnissen, den Möglichkeiten der Produktion und dem Ertragnis der Arbeit“ (Carta del L. XII). Eine Reihe weiterer Kriterien nennen die Erklärungen XIII (Erzeugungskrisen), XIV der Carta (Uebereinstimmung zwischen den Erfordernissen des Arbeiters und des Unternehmers).

Ist der Minimallohn auf diese Weise theoretisch ermittelt, so bedarf es, um ihn zur Anwendung zu bringen, letzten Endes

eines Staatshoheitsaktes, d. h. des Spruchs des Arbeitsgerichtes, falls die syndikale Vereinbarung nicht zustande kommt, oder die staatliche Vermittlung schlichtet.“



Und wie sieht es in Deutschland aus? Wie werden die Löhne und die anderen Arbeitsbedingungen in Deutschland festgelegt? Wir werden an Hand von Tatsachen und Zahlen feststellen, daß auch in Deutschland nicht die freie Messung der Klassenkräfte, sondern allein die Organe des kapitalistischen Staates die Arbeitsbedingungen bestimmen. Die Anerkennung und Zustimmung der deutschen Gewerkschaftsführer zum Schlichtungswesen, die rüchichtslose Durchführung der Schiedsprüche durch die Gewerkschaftsbürokratie, verweist auch in Deutschland den Abschluß von Tarifverträgen zu einer Aktion der Organe des kapitalistischen Staates oder zu einer Aktion, die unter dem Diktat dieser Organe durchgeführt wird. Die Mechanismen zur Festlegung der Arbeitsbedingungen in Italien und in Deutschland unterscheiden sich mehr formell als dem Inhalt nach. (Weitere Artikel folgen.)

Bollearbeiter wählen eigene Streikleitung

Gewerkschaftsbürokratie ermöglicht Streikbruch — Verbreiterung des Kampfes notwendig. Uebt Solidarität mit den streikenden Bolle-Arbeitern!

Die streikenden Bolle-Arbeiter wählten sich gestern in der von der revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufenen Streikerversammlung eine eigene Streikleitung aus organisierten und unorganisierten Kollegen, der auch Frauen und Jungarbeiter sowie Vertreter der gemäßigten Jungarbeiter angehören. Das von uns bereits veröffentlichte Kampfsprogramm wurde von der Versammlung bekräftigt. Ergänzt wurde die Forderung auf Lohnherabsetzung und Beseitigung der „Kassensparbeiten“ beschlossen. Die Streikleitung appelliert an die gesamte Bolle-Belegschaft, nur den Forderungen der von der Belegschaft gewählten Streikleitung zu folgen.

Wie wir bereits berichteten, hat die reformistische Bürokratie des Gesamtverbandes der Bolle-Direktion eine außerordentlich große Zahl von sogenannten Kostandsarbeitern bewilligt. Mit einem Teil dieser Arbeiter wie mit den kaufmännischen Angestellten führt die Bolle-Direktion Streikbrecherarbeiten durch, ohne daß etwas vom Gesamtverband dagegen unternommen worden ist.

Die Kassensparbeiten gehören in die Streikfront

In zahlreichen Verkaufsstellen, die noch immer geöffnet sind, hat man versucht, die weiblichen Angestellten zu zwingen, die Arbeit der Bolle-Jungens zu verrichten. Wenn auch zahlreiche weibliche Angestellte diese Streikbrucharbeit abgelehnt haben, so haben sich doch immerhin genügend Angestellte gefunden, die nicht den Mut aufgebracht haben, Streikbrucharbeiten abzulehnen.

Die Bolle-Angestellten sind genau so von einem Gehaltsabbau bedroht wie die Arbeiter der Meierei Bolle. Es ist deshalb Pflicht aller Bolle-Angestellten aus der Zentrale und aus den Verkaufsstellen, sich mit den streikenden Arbeitern solidarisch zu erklären und jede Streikbrucharbeit entschieden abzulehnen.

Gegen Unternehmerfront Kampf aller Arbeiter aus den Milchbetrieben und Kolkereien

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Direktion der Meierei Bolle schon umfangreiche Maßnahmen getroffen, die dazu beitragen sollen, die Bolle-Arbeiter auf die Knie zu zwingen.

Die bisher von der Meierei Bolle betriebene Milchverjorgung ist von der Direktion konzentriertem übertragen worden.

so daß die bürgerliche Presse freudestrahelnd mitteilen kann, daß eine Gefährdung der Milchverjorgung Berlins für abseh-

bare Zeit nicht in Betracht kommt. Trotzdem denkt die Bürokratie des Gesamtverbandes nicht daran, die Arbeiter der anderen Milchgroßbetriebe in den Kampf einzubeziehen.

Die Arbeiter der großen Milchfirmen haben ebenfalls einen Lohnabbau zu erwarten, wenn es der Bolle-Direktion gelingt, ihre Lohnauforderungen durchzusetzen. Deshalb müssen die Kollegen in den übrigen Milchbetrieben sofort zu Streikerversammlungen zusammenzutreten, um gemeinsam mit den Arbeitern aus den Groß-Berliner Kolkereien den Solidaritätsstreik zu beschließen.

Die Streikfront für die streikenden Bolle-Arbeiter findet täglich im Lokal Schlüter, Stromstraße 2, Telefon Hanja (C5) 1270, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr statt. Dort findet heute um 11 Uhr eine Streikerversammlung statt.

Solidaritätsaktionen in den Betrieben

Die gesamte Berliner Arbeiterschaft muß ihre Solidarität mit den streikenden Bolle-Arbeitern betonen. Der Begrüßung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die sich an die Betriebe sammeln, müssen alle Betriebe mitteilen, daß die Berliner Arbeiter ihre praktische Solidarität betonen.

An die proletarischen Hausfrauen ergeht ebenfalls ein Appell, Solidarität zu üben und überall darauf zu achten, daß keine Streikbrucharbeit geleistet wird. Die Bolle-Direktion trägt die volle Verantwortung für diesen Kampf, den sie bereits beschworen hat!

Streikbrecher!

Streikbrecherarbeit bei der Meierei Bolle leisten folgende Verkaufsfahrer: Erwin Bergleben, Auto Nr. 21, fährt in Lichterfelde; Albert Wohlgemuth, Auto Nr. 39, fährt in Otten; Fritz Wajch, fährt im Westen; Hermann Reichel, Auto 110, fährt in Schöneberg; Kabsolt, Auto 153, fährt am Nordufer; Lotar Wephal, Auto 90, fährt im Westendviertel; Karl Baumann, Auto 158, fährt in Zehlendorf; Ernst Müller, Auto 208, fährt in Lankwitz; Alfred Deger, Auto 241, fährt in Kopenick; Karl Schröder, Auto 271, fährt in Lichtenberg (dieselbe leistet schon seit Jahren unbeständig Kerkersarbeiten); Emil Braunert, Auto 273, fährt im Grunwald. Außerdem Gustav Thiele; Herm. Loth, Benfasser W. Hoffmann, Krennstraße; Höjner; Georg Kimmich, Birkenstraße; Fritz Puske, Londoner Straße; Willi Fänger, Doffelstraße 32; Otto Zeise, Bremer Straße; Jörg Schigla, Mißelshausener Straße.

DMB.-Bürokratie lehnt die Vertretung von DMB.-Mitgliedern ab

Die Firma Elektrolux verhandelte gestern mit dem Gewerbetar wegen der von ihr beantragten Entlassung von 50 Kollegen. Der Deutsche Metallarbeiterverband war davon benachrichtigt, hatte aber trotzdem keinen Vertreter entsandt. Auf einen telefonischen Anruf des Arbeiterrats wurde geantwortet, daß der im DMB organisierte Arbeiterratsvorsitzende „im Sinne der freien Gewerkschaft kein Kollege mehr sei“. Deshalb habe man keinen Vertreter geschickt. Der Arbeiterrat erwiderte, daß im Betrieb sowie im Arbeiterrat viele freigewerkschaftliche Organisierte sind, der DMB sei deshalb zur Vertretung verpflichtet. Aber gnädig antwortete der „Zugendeamte“ Gutzig, daß dies nichts an der Sache ändere.

Das ist die DMB-Bürokratie wie sie leibt und lebt. Diese Herren können nur noch Streiks hinter den Rücken der Arbeiter abwürgen. Die Belegschaft von Elektrolux muß daraus die Lehren ziehen und geschlossen zum roten Metallarbeiterverband übertreten.

Bezirksdelegiertenkonferenz der Holzarbeiter

Am Sonntag, dem 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal Schul, Elisabethstraße 30, die Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin-Brandenburg der Industriebranche Holz statt. Tagesordnung: Der Zustand der KGD in der Holzindustrie — Organisation des Kampfes gegen Lohnabbau — Vorbereitung der Gewerkschafts- und Betriebsratwahlen. Die Delegierten haben pünktlich zu erscheinen. Alle KGD-Funktionäre der Industriebranche Holz sind verpflichtet, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Eingeladene des „Metallbau“ müssen ab 1. Januar 1931 den „Metallbau“ durch die Post bezahlen, da er in die Postzustellungsliste eingetragen ist. Die Belieferung von Einzelbestellern durch den Verlag ist aufgehoben.

KGD.-Stimmzettel für Betriebsräte wählen bei der Post

Die Stimmzettel für die Betriebsratwahl für die 21. der KGD, Nr. 4: 1. Koch, 2. Dmilitz, 3. Wieseke usw. sind allen örtlichen Wahlvorständen bei den Postämtern per Post zugewandt. Fordert die Auslegung dieser Stimmzettel bei den Wahlvorständen!

Ausgebung der KGD.-Jugend

Am Sonntag, dem 14. Dezember, um 15.30 Uhr, findet im Wallnertheater, Wallnertheaterstraße, eine Sonderausführung des russischen Ensembles „Mond von Lina“ statt. Die Junggewerkschafter erscheinen. Eintrittspreise sind herabgesetzt. Erwerbsscheine und Lehrlinge 60 Pfennig, Kollektoren 1 Mark.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

KGD.-Industriebranche Stahl Groß-Berlin. Versammlung am Sonntag, 15. Dezember, bei Schenckstraße, Erdbeerstraße 63, 20 Uhr. Alle organisierten Funktionäre, insbesondere die Funktionäre und Parteimitglieder der Unterbezirke sind verpflichtet, zu erscheinen.

U. B. Nordwest. Dienstag, 15. Dezember, im Lokal Schul, Schulstraße 4, 17 Uhr, Sitzung aller Ortsräte der Metallbetriebe.

KGD.-Zentrum. Zielsetzung: Wertschöpfende, Mitbestimmungsplanung am Sonntag, 13. Dezember, 19.30 Uhr, Lokal Schul, Erdbeerstraße 63, 20 Uhr. Bericht von der Bezirkskonferenz der KGD.

KGD.-Südwest. Versammlung aller Arbeiterbetriebe, Sonntag, 13. Dezember, 20 Uhr, Schöneberg, Lokal Wilmanns, Schulstraße 11, Referent: G. Kimmich.

Stammkreis: Centre-Südwest 19 Uhr, finden folgende Betriebsratwahlen statt: 3, 4, 5, 10, 11 (im neuen Lokal Schul, Wallstraße 31), 12 (Schöneberg), 18 (Nordwest), 25 (Zehlendorf), 27 (Wilmannsstraße), 32 (Zehlendorf), 33, 34 (Zehlendorf), 40 (Zehlendorf), 46 (Königsplatz) und 52 (Schöneberg). — Am Sonntag, 14. Dezember, vorm. 10 Uhr, tauchen die Gewerkschaften 2 (Zehlendorf), 28 (Zehlendorf) und 31 (Zehlendorf). Die Registerbestimmungen sind in den bekannten Betriebsblättern.

Streikbrecher und Hilfsarbeiter! Die letzten Bezirksversammlungen haben statt: Südwest, 13. Dezember, um 19 Uhr, im Lokal Schul, Erdbeerstraße 63 (Schöneberg) im Lokal Schul, Erdbeerstraße 63 und Schulstraße 11 (Zehlendorf), um 20 Uhr, im Lokal Schul, Erdbeerstraße 63. — Sonntag, 15. Dezember, um 19.30 Uhr, im Lokal Schul, Erdbeerstraße 63, im Lokal Schul, Erdbeerstraße 63, Erdbeerstraße 63.

Mussolin
Süßer,
nationaler
jüdischen
steht, um
der Stadt
Programm
formel bring
Kritik
Sanktionen wa
Sphäre vom
der Faschist
voll. Das
schaft zu
durch die fu
wurde und r
füllung des
Reiches“. W
des Stahl
Mussolini, d
Anmerzt M
„Auf der
Idee ruht
und dem na
Diese „F
Faschismus un
Reife:
„Der Fas
tims und b
gegen das
and den G
Dazu für
„Faschist
bewegen: D
Kolonien, un
Jahrhundert
Kommunismus
gerade Linie
ismus seien
form. In
die geschicht
ten und so
über der St
Gleichgüt
in Kampf un
die Deut
des Deutsche
Das ist e
in ein krasse
der nation
den können
klärung, die
in alle dies
Punkt:
Im berei
Sieg
Sieg es über
Der Gai
Maur der
der Volksgem
genartige ja
Anfälle gegen
mentarische
Hamburgertu
Verbindung v
haben weise

Mussolinis Theoretiker Rocco erklärt:

„Faschismus, Feind alles Deutschen“

Die Theorie zur blutigen Unterdrückung Südtirols

Häcker, Eugenberg und Selbia, das heißt Nazi, Deutschnationaler und Stahlhelmer, sind die Hauptkräfte des terroristischen Faschismus, der heute in Deutschland auf dem Sprunge steht, um mit Brüning zusammen oder ohne ihn die „Macht der Macht“ in die Hand zu nehmen. Soweit man von einem Programm dieser Faschisten sprechen kann, läßt es sich auf eine Formel bringen: Unterdrückung des Proletariats als Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Herrenklasse. Aber in zwei Punkten waren sie immer sehr orthodox. Da ist einmal ihre Phrasologie vom „völkischen Germanentum“, das durch die Herrschaft der Faschisten in ursprünglicher idealer Reinheit wieder erstehen soll. Das andere ist ihre immer fester werdende Freundschaft zu dem (nicht germanischen) Mussolini, die sogar durch die jüdischen Leiden in Südtirol nicht getrübt wurde und wird. Italien ist das Land ihrer Träume, die Erfüllung des von ihnen erstrebten und gepriesenen „Dritten Reiches“. Wer erinnert sich nicht der händischen Anbiederung des Stahlhelms anlässlich der bekannten Delegation zu Mussolini. Der Führer dieser Delegation, Dr. Heine, erklärte seinerzeit Mussolini gegenüber:

„Auf dem Grundstein dieser Idee unserer gemeinsamen Ideale ruht die Freundschaft zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland.“

Diese „faschistische Idee“, die der deutsche Nationalist verheimlicht, definiert Rocco, der Theoretiker des italienischen Faschismus und Justizminister Mussolinis, in folgender Weise:

„Der Faschismus ist geschichtlich die Renaissance des Römerreiches und des Geistes der Disziplin, weiter die Erhebung gegen das Germanentum, gegen das Deutsche und den Geist der sogenannten „Freiheit“.

Dazu führt Rocco erläuternd aus:

„Faschismus ist eine Erhebung gegen das Deutsche Bewegung. Der Deutsche Luther habe die Freiheit des Gewissens verkündet, und durch seine Lehre entwickelte sich in den folgenden Jahrhunderten das Prinzip der politischen Freiheit, des Demokratismus. Von Luther führe über Locke, Kant, Fichte eine gerade Linie zu — Lenin. Demokratie, Sozialismus, Kommunismus seien logische Ausflüsse der lutherisch-deutsch-germanischen Lehren. In der englischen und französischen Revolution sei die bestehende Freiheitslehre des Deutschen Luther auf politischem und sozialem Gebiet zum Siege gelangt. Faschismus ist daher der Kampf gegen alles Deutsche.“

Gleichgültig zunächst, welche Rolle geschichtlich ein Luther im Kampf um die politische Freiheit entwickelt hat, ist wesentlich die Deutung der „faschistischen Idee“ als Erhebung gegen das Deutsche.

Das ist eine Ohrfeige für die deutschen Freunde Mussolinis und ein klaffender Widerspruch, über den unteilsfähige Arbeiter der nationalsozialistischen Partei nicht ohne weiteres hinweggehen können. Sie mögen sich einmal überlegen, ob nicht die Erklärung, die die Kommunistische Partei in ihrem Programm für alle diese Widersprüche innerhalb des Faschismus gibt, zutrifft:

„Im bereits im Juni 1928 angenommenen Programm der Kommunistischen Internationale“

„Es ist über den Faschismus:

Der Faschismus ist eine Methode der unmittelbaren Natur der Bourgeoisie, ideologisch verkleidet mit der Idee der Volksgemeinschaft. Er ist eine Methode, die durch eine eigenartige soziale Demagogie (Antisemitismus, gelegentliche Anfälle gegen das Wucherkapital, Enttäufung über die parlamentarische „Schwanzhunde“) die Unzufriedenheit der Massen des Kleinbürgertums, der Intellektuellen usw. ausnützt. . . Die Verquickung von sozialer Demagogie und Korruption mit dem blutigen Terror sowie die zum Neuperfekten gesteigerte

imperialistische Aggressivität der Außenpolitik sind charakteristische Züge des Faschismus.

In Zeiten, die für die Bourgeoisie besonders kritisch sind, bedient sich der Faschismus einer antikapitalistischen Phrasologie; sobald er aber seine Macht gesichert sieht, erweist er sich immer mehr als terroristische Diktatur des Großkapitals und wirft den antikapitalistischen Blunder von sich.“

Nationale Freiheit nur im Kommunismus!

Schredensstage in Polnisch-Oberschlesien

Deutsche Minderheit auf alle erdenkliche Art bedroht, gepeinigt und mißhandelt

Ueber die neu bekanntgemordenen Ueberfälle der polnischen Faschistenbanden hat die deutsche Regierung gestern eine neue Note an den Völkerbund gesandt:

„In Einzelheiten über den blutigen Terror der Pilsudskisten gegen oppositionell eingestellte Deutsche, bisher wurden 200 Fälle aufgedeckt, können wir folgendes berichten:

Am 23. November wurde der Arbeiter Swiza von dreißig Aufständischen

aus dem Wahllokal gezerrt und blutiggeschlagen, woran sich ein Polizeibeamter beteiligte.

Die polnische Polizei verweigerte die Aufnahme eines Protokolls über diesen Terrorakt. Am 22. November wurde der Arbeiter Kasparibus in Schwientochlowitz von 40 Aufständischen überfallen und schwer mißhandelt. Am 22. November wurde

ein zu 50 Prozent kriegsbeschädigter Kesselheizer Kalsch in Glinzschütz in seiner Wohnung überfallen, auf die Straße geschleppt und mit Steinen und Gummischuhen blutiggeschlagen, so daß er beinaheungslos liegen blieb.

Aus seiner Wohnung wurden die deutschen Stimmzettel weg-

genommen. Am 13. November wurde der Deutsche Kalka in Glinzschütz

in seiner Wohnung von polnischen Aufständischen und Beamten überfallen und schwer mißhandelt. Seine Schwester wurde mit einem Gummihüpfel geschlagen und Wahlmaterial aus der Wohnung geraubt. Die Aufständischen bedrohten Kalka, sie würden ihn wie einen Hund erschießen, wenn er Angelegenheiten ermitteln sollte.

Am 15. November wurde der deutsche Minderheitsangehörige Bainczof von Aufständischen überfallen und schwer verletzt. Der zur Ueberführung ins Krankenhaus nachgejagte Polizeischutz wurde verweigert.

Die deutschen Arbeiter diesseits und jenseits der deutschen Grenze müssen sich zum wirklichen Kampf um ihre nationale Freiheit unter den Lojungen des nationalen Freiheitsprogramms der K.P. Deutschlands und ihrer polnischen Bruderpartei zusammenschließen.

Ein Streik der Herrs droht in Havana auszubrechen, falls die Regierung ihre Drohung verwirklichen sollte, die Universitätsprofessoren zu verhaften, die angetreten der Führer der Studenten bei den letzten Kundgebungen aufgetreten sind.

Lohnabbau - faschistische Parole überall

Stellt die einheitliche revolutionäre Streikfront in allen Ländern her!

Warschau, 12. Dezember. 4000 Arbeiter der größten kanarischen Textilfabrik des polnischen Faschismus, der Widzew-Mannufaktur in Lodz, sind in den Streik getreten. Die Arbeiter haben in den letzten Wochen keinen oder nur einen Teil des ihnen zustehenden Lohnes erhalten.

In der Bielscher Textilindustrie ist mit 1400000 Zopf der Lohnsturz gefürchtet worden.

Wien, 12. Dezember. Die faschistische Regierung in Oesterreich fordert nach dem Vorbild Mussolinis einen Lohnsturz an den Angehörigen der Bundesbahn. Zunächst soll das bisher stets ausgezahlte 13. Monatsgehalt gekürzt werden, das sich 7,7 Prozent Gehaltsraub. Außerdem sollen sofort die Dienstlohnabsetzungen gekürzt werden, das sind die kleinen Gehaltssteigerungen, die den Bundesangestellten automatisch jede zwei Jahre am Grund des Gehaltsjahres gewährt

werden und die am 1. Januar und am 1. Juli jedes Jahres wirksam werden. Eine weitere empfindliche Lohnkürzung.

50 000 obereschlesische Bergarbeiter vor der Ausperrung

Gleiwitz, 12. Dezember. Bei den Lohnverhandlungen für den obereschlesischen Bergbau forderten die Unternehmer einen Lohnabbau von 12 Prozent. Nachdem die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden, erklärten die Unternehmer, daß sie den gesamten Belegschaften zum 15. Dezember her kündigen werden. Von der Ausperrung werden 50 000 Bergarbeiter betroffen.

Fünf Prozent Lohnraub in Belgien gefordert

Brüssel, 12. Dezember. In dieser Woche trat der Gemischte Reichsausschuss für den Bergbau Belgiens zusammen. Die Unternehmer fordern einen weiteren Abbau der Löhne um 5 Prozent, womit der Lohnabbau seit dem 8. Juli auf 14 Prozent gebracht werden würde.

In Deutschland stehen ebenfalls neben 300 000 Kohlenbergarbeitern viele hunderttausende weitere Arbeiter in Lohnbewegung. Wenn die Bergarbeiter von Deutschland, England, Polnisch-Oberschlesien und Belgien, die sonstigen Arbeiterkategorien aller Länder die Forderung sofort freibleib machen und unter fester einheitlicher Führung der Roten Gewerkschaftsinternationale mit allem Willen zum Siege gemeinsam kämpfen, sind sie eine große Macht, die jeden Unternehmerrückgriff abwehren kann.

Warschauer Arbeiter demonstrieren gegen die faschistische Diktatur

Warschau, 12. Dezember. Die Warschauer Kommunisten veranstalteten eine Demonstration in der Umgebung des Gefängnisses für politische Gefangene „Pawia“. Aus verschiedenen Stadtteilen rüsten größere Truppen Arbeiter, revolutionäre Krieger, mit Transparenten, die sich gegen das faschistische System und gegen die faschistische Diktatur richteten. Die Arbeiter riefen: „Ende den Schändlichen des Fünfteiljahresplans!“, „Wieder mit den faschistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion!“, „Sturz der faschistischen Diktatur durch die proletarische Revolution!“, „Es lebe die Sowjetunion!“, „Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion!“ usw. Als von den verschiedenen Straßen her größere Mengen Arbeiter heranrückten, warf sich die berittene Polizei, die in den Nebenstraßen verstreut war, auf die Demonstranten. Es kostete die Polizei viel Mühe, die Massen auseinander zu jagen.

Der tügliche Bankrott in Amerika

St. Paul, 13. Dezember. Die Bankzusammenbrüche in den Vereinigten Staaten mehren sich. Nachdem gestern die East of Sable Bank ihre Schalter geschlossen hat, mußte heute die First Springfield Trust Company im Staatsbankrott folgen.

Eine Erklärung Hoovers:

Keine Revision des Tributplanes!

Schachts Verhandlungen in Amerika über Hitlers Eintritt in die Regierung

Der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht ist vor einigen Tagen von einer Rundreise durch die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Schacht hatte drüben vor allerhöchsten Wirtschaftsexperten, vor Bankiers, Industriellen und den dazugehörigen politischen Vorträgen über das Reparationsproblem gehalten. Vor der deutschen Öffentlichkeit wurde Schachts Vortragsbuch als ein „Kampf um die Revision des Young-Plans“ hingestellt, in Wirklichkeit aber verfolgte die Reise des früheren Finanzdiktators von Deutschland einen ganz anderen Zweck: der getreueste Diener Morgans führte seinen großangelegten „Aktionsfeldzug“ für den deutschen Faschismus, der Hitler und Eugenberg durch.

Die für das kommende Frühjahr geplante Regierungsübernahme durch die Parteien des faschistischen Terrors soll das amerikanische Kapital, die amerikanischen Gläubiger Deutschlands, nicht unvorbereitet treffen. Hatte schon Hitler unmittelbar nach den Reichstagswahlen in einer Reihe von Erklärungen in der amerikanischen und englischen Presse beteuert, daß eine Nazi-Regierung — als letzter Schutzmaß gegen den „Völkischen Sozialismus“ — alle Verpflichtungen Deutschlands an das ausländische Kapital bis auf den letzten Pfennig erfüllen werde, so war es nun Schachts Aufgabe, den amerikanischen Finanzleuten klarzumachen, daß gerade sie alles Interesse an einer Sicherung ihrer geschätzten Kapitalanlagen durch eine tüchtige Nazi-Diktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse

Schacht, der in Amerika als Earl Morgans herumreist, behauptet, es natürlich nicht, diesen wahren Zweck seiner Reise durch allerlei Wagnisse, die für nationalsozialistische Einflüsterer bestimmt waren, zu tarnen. So konnte die gesamte Weltöffentlichkeit ihren Lesern einreden, daß Schacht ausgezogen wäre, um Amerikas Unterstützung bei der Beseitigung des Tributplanes zu gewinnen. So empfahl sich Schacht gleichzeitig, jedoch für den entsprechenden Posten in der zukünftigen Diktatur, es ist ein öffentliches Geheimnis, daß der frühere

Reichsbankpräsident auf die Nachfolgerschaft Hindenburgs losgeht.

Was es nun in Wirklichkeit mit Schachts Verhandlungen in Amerika auf sich hat, beweist eine offizielle Meldung aus Washington, in der es heißt:

„An hoher Regierungsstelle (soll heißen: Hoover) nahm man Veranlassung, die zahlreichen Demontis, die das Staatsdepartement in den letzten Wochen auszugeben gezwungen war, durch eine Auserkung des Unwillens über die verschiedenen Weltberühmtheiten unserer Freunde in Europa nachdrücklich zu unterstützen. Mit Emphase wurde erklärt, daß keineswegs beabsichtigt sei, die Verwendung der allierten Schuldensummen neu zu regeln, sondern an dem Programm festhalte, wonach die Zahlungen zur Abtragung der alliierten Schuld und zur Ermöglichung der Steuerlast des amerikanischen Volkes benutzt werden sollen. Es sei jetzt an der Zeit, diesen Gerüchten in Paris und Bogen den Gar aus zu machen.“

Was für die Zahlungen der ehemaligen Siegerstaaten an Amerika gilt, bezieht sich automatisch auch auf die deutschen Reparationszahlungen, die ja zum größten Teile auf dem Umweg über die europäischen Gläubigerstaaten ebenfalls nach Amerika gehen. Dort aber will man an jedem Pfennig unerbittlich festhalten — das amerikanische Finanzkapital mit Morgan an der Spitze zuckt nur höhnisch die Achseln zu jedem Versuch, eine Ermächtigung der Tributlasten auf gutlichem Wege zu erreichen.

Herr Schacht und seine Presse haben es vorgezogen, sich zu dieser einseitigen Abgabe des Dollarimperialismus gründlich auszusprechen. Hingegen hat Herr Schacht sofort nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten den fürstlichen Ruf nach einer Regierungsabteilung der Nazis erhalten. Schachts intime Verbindung mit Morgan ist allgemein und jählich bekannt. Wer möchte jetzt noch läugnen, daß zwischen den amerikanischen Reparationszahlungen, den Währungsfragen am deutschen Volke und den halbfremden, weltfeindlichen Ueberreizungen herrscht; darüber, daß Hitler der geeignete Einreiber der Tributlasten ist, daß er den Segen Morgans und dieser dafür sein unverkürztes Mund Fleisch aus dem Körper des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiterklasse erhält!

Rundfrage: Wir fragen dich... und dich!

Was sagst du, Prolet?

Faschismus oder noch Demokratie? ins „Kellerloch“ oder kämpfen?

Wir wenden uns mit dieser Rundfrage an alle Arbeiter, insbesondere an die sozialdemokratischen Arbeiter.

Die Kommunistische Partei erklärt, daß die Brüning-Regierung mit ihrer neuen Diktaturverordnung vom 1. Dezember 1930 zur Regierung der faschistischen Diktatur in ihrem Anfangsstadium geworden ist.

Die sozialdemokratischen Führer bestreiten das. Sie haben der Brüning-Regierung am 18. Oktober und am 6. Dezember 1930 ihr Vertrauen ausgesprochen. Nachstehend ihre Argumente dazu:

„Die Kommunisten erzählen, das Regiment Brüning-Braun sei gleichbedeutend mit faschistischer Diktatur... Sie halten bei Tage und bei Nacht Versammlungen unter freiem Himmel ab. Die Polizei Seberings steht daneben und paßt auf, daß sie in ihrer Versammlungsfreiheit nicht gestört werden.“ („Vorwärts“ vom 7. Dezember 1930.)

Was sagst du dazu?

„Was in Deutschland seit dem Sommer dieses Jahres geworden ist, das hat mit Faschismus nichts zu tun. Verfassungsrechtlich gesehen bedeutet es nichts anderes als eine Verlagerung der Macht vom Reichstag zum Reichspräsidenten.“ („Vorwärts“ vom 7. Dezember 1930.)

Ist das so?

„Es ist weder eine „faschistische Diktatur“, wie die Kommunisten behaupten, noch ein „Zusammenbruch des Systems“... Das Volk braucht nur das nächste Mal vernünftiger zu wählen. Dann wird es damit den Reichstag in seine alten Rechte wieder einsehen und die Macht des Reichspräsidenten auf sein normales Maß beschränken.“ („Vorwärts“ vom 7. Dez.)

Ist das auch deine Meinung?

„Die Kommunisten wollen von uns eine Aufklärung über die Gründe der Ablehnung unserer Fraktion am vergangenen Sonntagabend... Als wir die Auflösung des Reichstages herbei-

führten, sagten wir uns: Dieses Regierungsgebäude gefällt uns nicht, wir wollen ein besseres Haus zu bauen suchen. Die Wahlen vom 14. September stellten uns durch den Sieg der Nationalsozialisten vor die Aussicht, das Gebäude der Regierung Brüning mit einem Kellerloch vertauschen zu müssen.“ (Paul Löbe im Saalbau Friedrichshain am 8. Dezember nach dem Bericht des „Vorwärts“.)

Willst du auch vor dem Faschismus ins Kellerloch kriechen?

„Die Situation liegt so: Entweder Brüning mit Artikel 48 oder Hitler mit der Weimarer Verfassung.“ („Vorwärts“, das Organ der freien Gewerkschaften Berlins, Nr. 49.)

Gibt es keinen anderen Weg für die Arbeiterklasse?

„Bleibt die Regierung Brüning, führt die Arbeiterklasse weiter gegen sie den Kampf mit den Mitteln des Geistes, der parlamentarischen Institutionen und mit Mitteln, die nicht das ganze Porzellan zertrümmern, dann bleibt diese Arbeiterklasse gerüstet zu weiteren Kämpfen, ihre Organisation bleibt intakt, ihre Kampfkraft bleibt erhalten, um, sobald die Luft weniger vom Giftgas nationalsozialistischer und kommunistischer Zerkürungswut erfüllt ist, Verlorenes aufzuholen.“ („Vorwärts“ Nr. 49.)

Glaubst du daran?

„Fällt aber Brüning, dann kommt die Diktatur Hitlers, gegen die auch die Kommunisten kein Kraut wachsen lassen können: ihre Köpfe werden vermutlich zuerst rollen.“ („Vorwärts“, Nr. 49.)

Man sagt bekanntlich, daß gegen den Tod kein Kraut gewachsen ist, weil er unvermeidlich ist.

Bist du auch der Auffassung, daß der Faschismus unvermeidlich ein Terrorregiment in Deutschland errichten muß?

„Die deutschen Arbeiter werden wie eine Hammeherde von den braunbehemdeten Horden der Sturmabteilungen zusammengedrückt werden. Sie werden sich das natürlich nicht gefallen lassen. Und das Resultat? Bürgerkrieg in Deutschland!“ („Vorwärts“ Nr. 49.)

Führt die besiegene Klasse nicht heute schon den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse, der vom „Vorwärts“ empfohlen wird, mit „Mitteln des Geistes“ zu kämpfen? Flieht nicht fast täglich Arbeiterflucht?

Wollt ihr dabei tatenlos bleiben?

Diskutiert die Argumente der Sozialdemokratie

in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Laßt keine Versammlung vorübergehen, ohne zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Kommunisten, geht in die Versammlungen der Gegner und besprecht diese Fragen. Es sind Angelegenheiten des Ernstes der Lage der Arbeiterklasse Lebensfragen des Proletariats.

Schreibt uns eure Meinung. Schreibt uns, was sozialdemokratische Arbeiter sagen. Die wichtigsten Briefe werden wir dann veröffentlichen.

Mit lesbar werden in einem Sälugartikel „Rede und Antwort“ das Fazit dieser Diskussion ziehen.

Schafft Klarheit in den Köpfen. Der Faschismus ist der größte Feind der Arbeiterklasse. Heftige Verdächtigungen ist die erste Voraussetzung zu einer Einheitsfront der Millionen des deutschen Proletariats, die wir zustandebringen wollen und die wir zustandebringen werden. Es liegt nur an euch, wenn alle Fäden stehen, dann werdet ihr die braunbehemdeten Horden zu Paaren treiben und den Faschismus vernichten.

Wir warten auf eure Antwort!

Schon im Januar Koalition mit Nazis?

Der „Vorwärts“ klagt über „Terrorreg“ — Es geht um Preußen

Wir bezeichneten gestern das Filmverbot als das erste Koalitionsangebot Brünings an Hitler. Die „Neue freie Presse“, Wien, bestätigt das. Sie veröffentlicht ein Interview mit einer der Regierung Brüning „nahestehenden Persönlichkeit“, die erklärt: Das Verbot sei der beste Ausweg aus einer schwierigen Situation, weil der Widerstand sich vielleicht so verzögert hätte, daß eine Regierungskrise nicht unmöglich gewesen wäre. Es geht auch schon um Preußen. Die Deutschnationalen haben einen Mißtrauensantrag gegen Sebering im Preussischen Landtag eingebracht, worin sie erklären, der Innenminister habe sich durch seine Stellungnahme in Widerspruch zu den Auffassungen aller bürgerlichen Parteien gesetzt.

Der Zeitpunkt dieses in die Form eines Filmverbotes geformten Koalitionsangebotes ist kein zufälliger. Gestern wurde der Reichstag nach Hause geschickt. Das Brüningische Hungerprogramm wurde heute mit Hilfe der Sozialdemokraten, teils mit Hilfe der Nazi geschickt.

Schon am 19. November konnten wir als einzige Zeitung berichten, daß Goebbels auf dem Berliner Gantag der NSDAP ein politisches Komplott zwischen Brüning und Hitler bekannt gab, monach die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Brüning-Diktatur und die Umwandlung der preussischen Regierung den Nationalsozialisten für das Frühjahr fest zugesagt worden ist. Dank der eifrigen Hilfe der Sozialdemokraten bei der Errichtung der faschistischen Diktatur haben sich die Dinge schneller entwickelt als Brüning und Hitler es sich vorgestellt hatten. Wir stehen heute unmittelbar vor der offenen Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Diktaturregierung. Man rechnet auch in bürgerlichen Kreisen mit Januar.

Der „Vorwärts“ kann seinen Lesern nicht mehr länger verschweigen, daß die Entscheidung der Film-Abwürgstelle mehr als nur ein Filmverbot ist. Er spricht deshalb von einem Terrorregime, von einem Sieg der Gegenrevolution und des Militarismus. Er fragt nach „die republikanisch und friedlich gesinnte Bevölkerung der deutschen Republik“: „Merkt sie jetzt, wohin die Reise geht?“ (Würden sie die „Rote Fahne“ lesen, hätten sie es längst gemerkt.) Das Entscheidende verweigert der „Vorwärts“ auch diesmal, nämlich daß dieses Filmverbot die Taktik der faschistischen Diktatur in seinem Anfangsstadium zeigt. Und was soll die „friedlich gesinnte“ (Wer ist das heute?) Bevölkerung tun? Sie soll kämpfen — wofür? ... für das Leben der Nation. Die feindbürgerliche nationale Phrase, das ist die Antwort der SPD, auf diesen Beweis der faschistischen Herrschaft in Deutschland.

Der vergebliche Faschismus

... der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen

Wir haben wiederholt erklärt, daß der jetzt verbotene Remarque-Film eine pazifistische Tendenz hat, die wir ablehnen, aber in der Wucht seiner Gestaltung des mörderischen imperialistischen Krieges dennoch so aufrüttelnd ist, daß er als eine scharfe Waffe im Kampf der Arbeiter um die Erhaltung des Friedens angesehen werden muß. Aus diesen politischen und weltanschaulichen Gründen wurde er ja auch verboten. Bemerkenswert einige Neuierungen zum Verbot:

„Das deutsche Volk sei in diesem Winter in so tiefer seelischer Not und innerer Zerrissenheit, daß alles abzulehnen

sei, was geeignet wäre, den inneren Zwiespalt noch zu vertiefen“, so der Vertreter des Reichsinnenministeriums während der Verhandlungen.

Die Erregung (!) im deutschen Volk müsse gewürdigt werden“, erklärte der Vertreter Sachjens, womit er den Goebbels-Klamauk meinte. Die Erregung der Arbeiter über die neue Kriegshetze kummerte ihn nicht.

Die „Vossische Zeitung“, die tapfere pazifistische Streiterin, das Blatt Ulsteins, das zur Zeit den neuen Remarque-Roman abdruckt, ist vollkommen umgefallen. Das Erbärmlicheres als den heutigen Leitartikel von Julius Eibay kann man sich nicht vorstellen. Man findet darin folgende Sätze:

„Man kann überhaupt ästhetisch und politisch vieles (an dem Film) beanstanden. Man kann sogar zu einer scharfen Beurteilung des Ganzen gelangen.“

Was der Goebbels mit weißen Mäulern und Blindstroläichen macht, macht die vornehme Dame Boß mit Ästhetik.

Das „Berliner Tageblatt“ ist erst auf dem Weg zum Unfall. Es behauptet sehr richtig, daß das Verbot „auf Kommando der Straße“ erfolgt ist und schlägt einen neuen Absatz zum § 1 des Lichtspielgesetzes vor folgenden Inhalt:

„Die Zulassung eines Filmes muß auch dann verweigert werden, wenn auf Befehl eines nationalsozialistischen Führers mindestens 1000 Jugendliche der Aufführung des Filmes widersprechen.“

Zum Schluß: „Daß der Rechtsradikalismus des im Strafenkampf erschöpften Kampfes trotz, zu neuen Taten sich rüstet, das ist der schwere Schade, den die gestrige verhängnisvolle Entscheidung angerichtet hat.“

Daß sich bei alledem hier schon der Faschismus in Deutschland breit macht, das sehen unsere „pazifistischen“ Republikaner bis heute noch nicht.

Neue Filmverbote

Der Film-Oberprüfstelle lag ein Antrag des nationalsozialistischen Innenministers Frick vor, die Filme „Ghanakari“ und „Das Geschlechtsleben und seine Folgen“ zu verbieten. Die Film-Oberprüfstelle erfüllte das Verlangen Fricks dadurch, daß sie zwar nicht die Filme verbot, wohl aber die von dem nationalsozialistischen Thüringischen Innenminister beanstandeten Stellen. So wurden u. a. aus dem Kulturfilm „Das Geschlechtsleben und seine Folgen“ die Bilder, die eine Geburt zeigen, gestrichen.

Ein Antrag der bairischen Regierung verlangte das Verbot eines Ton-Films „Gebändigte Kraft“, in dem Propaganda für den Elektrizitätsverbrauch gemacht wird. Weil in diesem Film Petrus gezeigt wird, nahm die katholische Kirche daran Anstoß.

Von der Reichs-„Zunftsacheplan in vier Jahren“ sind nach Angaben des Finanzkommissars der Sowjetunion bis zum 7. Dezember Anleihestücke im Betrag von 735 627 000 Rubel untergebracht worden.

In Kamtschatka in der Ukraine wurde ein neues Kohlewerk im Werte von 25 Millionen Rubel in Betrieb gesetzt.

Reformistisches Betrugsmanöver an den Bauangestellten

Der Allgemeine Verband der deutschen Bauangestellten wurde gestern Abend eine Mitgliederversammlung in der Kammerjalen durch, in der die Urabstimmung über die Schiedspruch beschlossen wurde, der einen Gehaltsabzug von 5 bis 13 Prozent vorseht. Obwohl die Stimmung der Berliner Bauangestellten bis zur Siebtehrte gestiegen ist, denkt die Reichsleitung des Allgemeinen Verbandes nicht daran, den Streik zu organisieren. Die Urabstimmung ist nichts als eine Komödie, nachdem bereits in der Versammlung erklärt worden ist, daß die Berliner Bauangestellten nicht allein freier kämpfen. Erst unter Führung der NSD wird es den Bauangestellten möglich sein, einen erfolgreichen Kampf gegen die Gehaltsraubtiere der Bauherrschaften zu führen.

Frick-Kommissar droht Arbeitlosen mit Waffengebrauch

Altenburg, 11. Dezember. Nach den letzten Arbeitlosen-demonstrationen in Altenburg (Thüringen) hat der dort den Nazi-Innenminister Frick eingeleitete Polizeikommissar eine Erklärung abgegeben, daß in Zukunft die Polizeibeamten kein Gebrauch ihrer Waffen keine Rücksicht auf Reugierige machen können. Die Polizei werde sicheres und mit aller Gewalt gegen jede Störung der Ordnung und Sicherheit vorgehen.

Wen wundert es noch, daß Frick sich an Tagom ein Volk nimmt. Für die hungernden Arbeitlosen haben die Nazis ein blaue Söhnen übrig.

Warum schweigt die Regierung?

Noch keine Antwort auf die kommunistische Interpellation über die Vorgänge an der Ostgrenze

Vor acht Tagen veröffentlichte die „Rote Fahne“ eine erschütternde Anfrage der kommunistischen Reichstagsfraktion über angebliche Klüngen in der Betriebswerkstätte Insterburg der Reichsbahn. In der Anfrage wird davon gesprochen, daß bisher nur ein Panzerzug für Insterburg zur Verfügung stand, man aber jetzt dazu übergegangen ist, einen neuen Panzerzug auszurüsten. Am 2. Dezember soll ein Teil der Belegschaft der Betriebswerkstätte, und zwar die zuverlässigen Elemente, zu einer Aussprache zusammengefaßt worden sein.

In Verbindung damit wurde durch die kommunistische Reichstagsfraktion auch die Verhaftung der bewaffneten Sozialnationalisten in Schloß Jäghowitz zur Sprache gebracht und auf folgende Bemerkung des „Angriff“ hingewiesen:

„Sollte man die Sache aber weiter aufhängen und ohne mit Parteiverboten gegen die NSDAP, winken, so könnten wir sehr deutlich werden. Herr Sebering weiß ja wohl, was mit meinen.“

Es ist bezeichnend, daß die Reichsregierung, die bei allen möglichen Gelegenheiten mit Antworten und Dementis sehr schnell bei der Hand ist, diesmal sich vollständig ausschweigt. Wir sind gespannt, wann diese Antwort endlich erfolgen wird. Wir fordern heute Antwort.

Seit dem 1. Dezember: Die Reichsregierung hat den Reichsbahn-Betriebswerkstätten, die in der Kammerjalen durch, in der die Urabstimmung über die Schiedspruch beschlossen wurde, der einen Gehaltsabzug von 5 bis 13 Prozent vorseht. Obwohl die Stimmung der Berliner Bauangestellten bis zur Siebtehrte gestiegen ist, denkt die Reichsleitung des Allgemeinen Verbandes nicht daran, den Streik zu organisieren. Die Urabstimmung ist nichts als eine Komödie, nachdem bereits in der Versammlung erklärt worden ist, daß die Berliner Bauangestellten nicht allein freier kämpfen. Erst unter Führung der NSD wird es den Bauangestellten möglich sein, einen erfolgreichen Kampf gegen die Gehaltsraubtiere der Bauherrschaften zu führen.

Christli... Weibliche... So wei... bei der Post... unter einem... helfen... wenn... hab... Dieser gem... lichten... laut... Dienerin sein... Jede Frau... nicht ungeheuer... die Liste 4... Karte hat: 61

Christliche Sorgen des Reichspostministeriums

Der Druckknopf

(Postbeamtinnenkorrespondenz)

Welche Sorgen das Reichspostministerium hat, zeigt eine unten veröffentlichte Verordnung, aus der klar festzustellen werden kann, wie vieles Kopfschmerzen die nackten Arme der Postbeamtinnen im Reichspostministerium verursachen. Wie diese Studienkommissionen haben diese komplizierte Frage studiert, bis der erlösende Gedanke des Druckknopfes aufgetaucht ist. Nur nicht nackte Arme, flüstert der christliche



Geist aus der Brüning-Regierung und kummert sich einen Dred darum, daß die Beamtinnen und Helferinnen bei der wahnwitzigen Antriebsarbeit seelisch und körperlich zugrunde gehen. Jede weibliche Angestellte, die die untenstehende Zuschauungsuniformverordnung liest, muß mit einem Hohlnächeln die rote Liste 4 wählen.

Reichspostministerium IV/VI Dkp 1 vom 1. Juli 1930.

„Es bestehen keine Bedenken dagegen, daß das Berufskleid — etwa in Höhe des Ellenbogens an einer Borte — mit abknöpfbaren Unterärmeln versehen wird und daß zur Erleichterung für das Personal in den Sommermonaten halblange bis zum Ellenbogen reichende Ärmel getragen werden.“

Um bei Verwendung halblanger Ärmel in Wärlersälen einem Hängenbleiben an vorstehenden Apparateilen vorzubeugen, ist beim Dienst in den Wärlersälen nötigenfalls die Öffnung des Ärmels durch Einlage einer kleinen Falte mittels Druckknopf zu verringern.“

Weibliche Naziwähler, aufgepaßt!

Sechs Jahr...

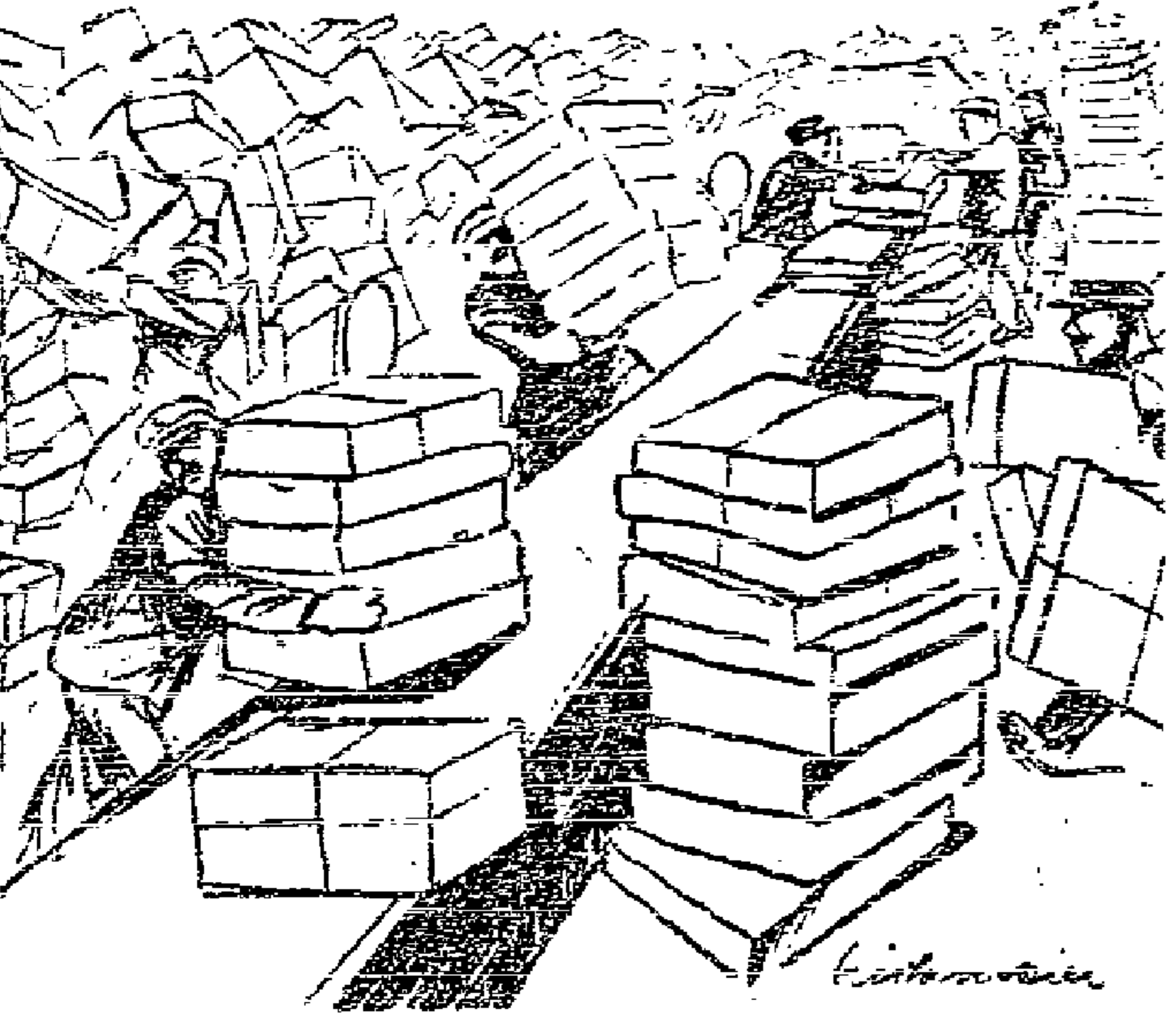
(Posthelferinnenkorrespondenz)

In der Versammlung der Nazis am 2. November im Lehrerbildungsheim wurde von dem in Postfragen wirklichen „Engel“ (Ag. der Nazis und Stadtverordneter) ein Programm verkündet, das auch am 6. November im „Angriff“ zu lesen war. Dieses Nazi-programm enthält in einem Punkt, daß die Posthelfer nach drei Jahren ins Beamtenverhältnis übernommen werden sollen. Am Ende des Programms entdeden die Nazis ihr warmes Herz für die Posthelferinnen. Höre und laune:

Nach 6 Jahren sind Posthelferinnen ins Beamtenverhältnis zu übernehmen.

Nun, aus diesem gemeinen, niederträchtigen Beschluß kann man sehen, wie die Nazis die weiblichen Angestellten einschätzen.

Die weiblichen Angestellten der Post sind minderwertiger wie die Männer, behaupten die Nazis. Die weiblichen Angestellten muß man viel schlechter behandeln wie die Männer



So werdet ihr angetrieben! Wählt rot!

bei der Post, sagen die Nazis. Eine Posthelferin steht bei unter einem Posthelfer, weil diese nur bis drei und die Posthelferinnen sechs Jahre schuften müssen, bis sie Beamtin sein können, wenn in zwischen ihre Nerven nicht zugrunde gegangen sind.

Dieser gemeine Beschluß zeigt, daß die Nazis mit einer tüchtigen teutschen Männerbormiererei die berufstätige Frau verachten. Laut ihrem Prinzip: die Frau soll Magd und Dienerrin sein.

Jede Beamtin und weibliche Angestellte der Post muß diese ungeheuerliche frauenfeindliche Partei ablehnen und die rote Liste 4 wählen, weil die RGO, die einzige ist, die die rote Karte hat: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Personalabbau, Gehaltsabbau und kein Ende

Moderne Kopfhäger

Nächster Jagdgrund der Sparkommission: Postzeitungsdienst — Topfbrennungsdauer wird abgeknopft

(Postlerkorrespondenz)

Wie die „rote Fahne“ schon berichtete, wird bei der Post kräftig „geparat“... aber wie! Solcher Kolonnen gibt es eine Unzahl! Darin wummelt es von Poststräßen, Oberpostinspektoren, Postinspektoren und Oberpostsekretären!... Das kostet dem Staat natürlich eine Unsumme an Gehältern, Fahrgehaltern und z. Z. Ministerialzulagen. Nach dem Gier, den diese Herrschaften an den Tag legen, könnte man annehmen, daß auch noch Kopfsprämien für die zur Strecke gebrachten verteilt werden! Das sind natürlich schöne Wünsche! Und zugucken, wie andere arbeiten, das bekommt ausgebeiznet.

Na, und solche Stellen werden gehalten. Wo die „Sparkommission“ einzieht, da sitzt sie für viele Monate fest. So sind z. B. Vorsteher und Personal des Postamtes W 8 über ein Jahr in Atem gehalten worden!

Und nur ist sie auch beim Postzeitungsamt eingezogen. Schade für den Zeitungsdiens. Dem Leiter der Sparkommission, einem Poststräßen, ist neuerdings das Zeitungswesen als Spezialgebiet überwiesen worden und noch dazu dieser Sparauftrag! Die ganze Kolonne, keine Ahnung von dem schwierigen Zeitungsdiens, ist also auf diesen Betrieb losgelassen worden! „Wo können wir Köpfe sparen? Wo Maschinen einsetzen?“ Das ist so das Leitmotiv. Kammentlich das große Interesse für Maschinen ist auffällig.

Wie geht nun solche „Durchprüfung“ vor sich? Da ist zunächst der Oberpostsekretär. Er sitzt und sitzt und guckt und guckt, macht einen Strich, schreibt eine Minutenzahl (die wohl die Topfbrennungsdauer anzeigen soll), man sieht, diese Beschäftigungsart läßt sich ertragen. Dann der Herr Inspektor! Ungewöhnlich gut genährt (Er spott! Jahrelang beim Sparkommissar zugehen, wie andere arbeiten!) Dieser faucht herum und schnüffelt (hierbei sind Lürrißen und Schlüffel-

loch ihm willkommenes Hilfsmittel!) und macht die wunderlichsten Vorschläge! Nun die Krone: der Poststräßen! Bürokratisches Herrschgeliß im Busen, reißt er mit Schneid die Tür auf und stürzt ohne Gruß und ohne sich vorzustellen auf den Beamten zu:

„Was machen Sie da?“ Jeder gewissenhafte Beamte hört doch nun die Erklärung über ein ihm ganz fremdes Gebiet zunächst ruhig an, überlegt sich die Auswirkung und urteilt dann. In dem Gehirn dieses Herrn fließt wohl ein ganz besonderer Saft der Erkenntnis! Kaum hört er ein paar Worte mit an, so fällt er ein:

„Das ist unnötig, das ist Unfug, das können die Verleger selber machen“ usw.; ja, auf ruhige, sachliche Prüfung kommt es dem Herrn auch gar nicht an. Persönlich werden und kränken! Was sollen sonst Redensarten bedeuten wie: „Ihre Arbeit ist viel zu teuer bezahlt, da sehe ich ganz künftige Kräfte rein!“

Mit seiner erschreckenden Äußerungslosigkeit greift der Poststräßen in langjährig trefflich bewährte Maßnahmen. Wichtige Präarbeiten will er wegfalgen lassen, ohne sich nur im geringsten über die Auswirkungen im Klaren zu sein.

Und bei ihm mögen sich Verleger und Posthelfer bedanken, wenn der Zeitungsverband unzuverlässig wird und ins Stocken gerät.

Das Postzeitungsamt in der Dehauer Straße hat ja einen großen Vorhof. Vielleicht empfiehlt es sich dann, die Zeitungen da aufzuhängen, damit sich jeder Bezahler sein Platz nehmen. Dann könnte auch wiederum ein — und zwar gemächlicher — Personalpost gewahrt werden: das so vereinfachte Zeitungswesen braucht dann keinen Poststräßen mehr an der Spitze.

Allerdings, wenn wir mit den roten Betriebsräten A gesagt haben, werden wir auch B sagen. Und dann kommt ein Tag, wo keine Poststräßen mehr existieren und die Postproleten die Postämter führen werden. Wählt die rote Liste 4!

Wunschträume im Postkraftwerk Borsigwalde

Wer will unter die Soldaten...

Youngzustände in den Abteilungen — Arbeiter in den giftigen Auspuffgasen

(Arbeiterkorrespondenz)

Mitten unter den Fabriken von Borsigwalde hat auch die „teuflische“ Reichspost einen Betrieb, das Postkraftwerk. Insgesamt sind dort ungefähr 500 Personen beschäftigt.

In unserer großen Reparaturhalle kann man es manchen Tag kaum aushalten vor Gestank. Die Luft ist blau vom Auspuff der Autos. Dies ist „sehr gesundheitsfördernd“, da keinerlei Luftzufuhr besteht, außer den beiden Einfahrtstüren. Im ersten Stockwerk des Nebengebäudes ist überhaupt keine Luftzufuhr möglich, nicht einmal die Fenster sind zu öffnen.

Die Schlosser müssen die Fenster entzweischlagen, um wenigstens einen frischen Luftzug zu bekommen. In einer Ecke arbeiten die Arbeiter den ganzen Tag bei Licht, da keine Fenster vorhanden sind; sie verderben sich Augen und Lungen.

Wir haben eine Abkochenerei alter Autoteile. Diese ist unser Schmerzenskind. Ein kleiner, enger Raum, alles steht voll von Autoteilen, die noch schmierig oder schon abgeleckt sind. Man bricht sich fast die Beine. (Aus der Unfallverordnung: „Die Wege sind freizuhalten!“) Die Luft ist aufgewirbelter Dreck mit ätzenden Säureatomen angefüllt, da alle Teile mit Druckluft abgepuffert werden. Der Dreck fliegt den dort beschäftigten Arbeitern um die Ohren, und sie sind von oben bis unten damit

befallt. Die Anzüge sind von Öl und Schmutz heiß. Ein offenes Atem ist ausgeschlossen.

Als Te beim Betriebsrat vorstellig wurden wegen Malschheit, Anzügen und Schlafmangel, ist nichts geschähen. Sie nahmen dann die Sache selbst in die Hand und haben wenigstens eine Malschzeit durchgelekt.

Ein paar Worte zu unseren „Vorgekehrten“:

„Unter“ A sagt: „Man merkt, daß ihr noch nicht bei den Breuzen wart; wie die Soldaten muß hier alles stehen.“ Dann kommt er mit einer Dreimeterklinge und mißt, ob auch alles gerade steht. Alle Äffen und Böde, auf jenen die Getriebe auseinandergerissen werden wenn er durch die Abteilung kommt, heißt es: „Der Kolbwebel kommt!“

„Unter“ zweiter ist Kunge. Er heißt im Munde der Kollegen „Knüppelkunge“. Er hat die Fliegerkolonne unter sich. So nannte er unter seiner Jugend aus dem Betrieb gelogen. — er hat den Bogen besonders spitz. Er schikaniert die Kollegen so lange, bis sie sich dies verbitten, und dann heißt es, „der Kerl ist frisch geworden, der wendet sich gegen seine Vorgekehrten“ und dann ist der Kollege draußen.

Wir müssen noch entschiedener wie bisher unsere Kampfkolonnen heftigen, weil nur revolutionärer Klassenkampf unter Führung der RGO, unter: Sage verbleiben kann. Wir wählen RGO, Liste 4!

SPD.-Prominente im TZA-Tempelhof

Die „geistig Tiefstehenden“

Die Reformisten fallen überall taunter wie faule Äpfel

(Telegraphenarbeiterkorrespondenz)

Vom 18. bis 19. Dezember finden die Wahlen zum Betriebsrat der Deutschen Reichspost statt. Reformisten und Nazis wettern gegenläufig, um sich mit ihren Schwindelparolen die Mechaniker und Telegraphenarbeiter auf dem Telegraphenzeugamt in Berlin-Tempelhof für ihre vertäterlichen Zwecke einzujagen. Mit den allergeringsten Mitteln wird gegen die RGO gekämpft.

Zunehmend scheinen es die Reformisten bei dieser Wahl doch mit der Angst zu tun zu haben. Sind doch von den rund 250 Mechanikern kaum noch zehn Prozent organisiert. Die Massenflucht aus den reformistisch geführten Gewerkschaften hat ihren besonderen Grund in dem Verrat der Sozialen. Die Forderungen der Mechaniker waren bisher noch immer in den Wind geblasen, man hat ihnen viel versprochen und nichts davon gehalten.

Der ehemalige „perfaulte“ SPD.-Ape! hat, nachdem er Reiter und Privatgelber der Kollegen unterdrücken, jetzt den Keilberuf ergriffen. (Die Keilberproleten werden sich

freuen.) Das zweite SPD.-Gremplar, Pukownik, Nachfolger von der verstorbenen Sorte, steht auch ziemlich einseitig in der Arbeiterbewegung da. Als Delegierter in einer Betriebsversammlung zu einer Tagung gewählt, wo er gegen die Krankenkassenversicherungen auftreten sollte, hielt er es gar nicht erst für nötig, die Tagung zu besuchen. Er schickte seine Frau, wo sie wegen Bauchschmerzen entschuldigen zu lassen. Kläglich waren auch seine Ansprache beim Streik der Metallarbeiter: „Was geht uns der Streik an!“, „Solidarität ist Quatsch!“ und die Telegraphenarbeiter bezeichnet er als „geistig Tiefstehende“.

So sehen die SPD.-Führer der Branche Mechaniker auf dem Telegraphenzeugamt aus. Alles in einer Klappe: verfaulter Apfel und angefaulter Pfäule. Kollegen Mechaniker, wenn es bei den kleinen unteren Bogen der SPD. schon so faul ist, wie mag es da erst weiter oben stinken.

Nur eine Lösung kann es geben: Gemeinamer Kampf mit den Arbeitern, mit der RGO, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen Lohnabbau, für Streikentscheidungsrecht mit Lohnausgleich! Darum Mechaniker, wählt Liste 4!

Rüstungsaktien steigen unaufhörlich

Kanonen-Vickers, Schneider-Creusot und Skoda wittern neue Riesenprofite

„Die Nachkriegszeit ist vorüber — wir stehen wieder mitten in der Vorkriegszeit.“ Mit dieser klaren Feststellung kennzeichnet ein Wirtschaftsfachverständiger in der letzten Ausgabe der „Weltbühne“ die gegenwärtige Situation. Wir stehen wieder mitten in der Vorkriegszeit. Verloren sind die spezifischen Aufgaben vom „Weltfrieden“, vom Völkerverbund als Kriegsschlichter oder die Phrase von der Kriegsschlichtung. Das spezifische „Wie wieder Krieg“-Geschehen wird aber nicht von dem patriotischen Kriegsgeschrei der Nationalisten aller Länder, und von dem metallischen Geknatter der Maschinen in den europäischen und amerikanischen Rüstungsfabriken.

„Die Aktien der großen internationalen Rüstungskonglomerate“ so stellt der oben zitierte Wirtschaftsfachverständige in der „Weltbühne“ fest, „sind von der allgemeinen Börsenpleite verschont geblieben.“

Entgegen dem sinkenden Börsenstand haben sie sich im Kurs gehalten und sind zeitweise sogar noch mächtig in die Höhe gestiegen.

So sind die Aktien der größten englischen Rüstungsfirma, der Vickers Gesellschaft, neuerdings von 6 1/2 auf 7 1/2 Pfund gestiegen. Der größte französische Rüstungskonglomerat Schneider-Creusot hatte, im Gegensatz zu den übrigen „Kriegern“ Werten seit Anfang des Jahres bis in den Herbst hinein ununterbrochen Kurssteigerungen aufzuweisen.

Beim Börsengeschäft ist es üblich in der Bewertung künftige Entwicklungen vorwegzunehmen; und wer zweifelt daran, daß die Entwicklung der Rüstungsindustrie zu den „schönsten Hoffnungen“ berechtigt. Aber auch die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres sind allenthalben durchaus beruhigend für das Rüstungskapital.

Schneider-Creusot, beispielsweise, war in der Lage, sich in Belgien neue Kupferminen anzulegen und in Frankreich selbst ein großes Hochofenwerk anzugliedern.

Nach imponenter sind die Fortschritte der Skoda-Werke in der Tschechoslowakei, deren Aktienmajorität gleich nach dem Kriege an Schneider-Creusot gekommen ist. Der Umsatz der Skoda-Werke hat sich in den letzten Jahren verdoppelt und beträgt jetzt mit 1 1/2 Milliarden Kronen, das heißt mit fast 200 Millionen Mark, mehr als das Siebenfache des Aktienkapitals. Der Reingewinn ist seit 1928 um die Hälfte gestiegen, und der Aktienkurs hat sich, seitdem Schneider-Creusot sich in der Tschechoslowakei engagiert hat, verdreifacht.

Und das alles müssen unsere „Friedensfreunde im Ruhrgebiet“ mit ansehen, ohne an der großen Tafel der internationalen Rüstungsindustrie ihren alten Platz wieder einnehmen zu können. Gewiß sind für die nächsten sechs Jahre rund 300 Millionen Mark vorgesehen, und da solche Bauten regelmäßig mehr kosten, als die Bauherren veranschlagten, wird man wohl nicht weit hinter einer halben Milliarde zurückbleiben.

Für das neue Geschäftsjahr sind 10 Millionen Mark mehr vorgesehen als für 1930.

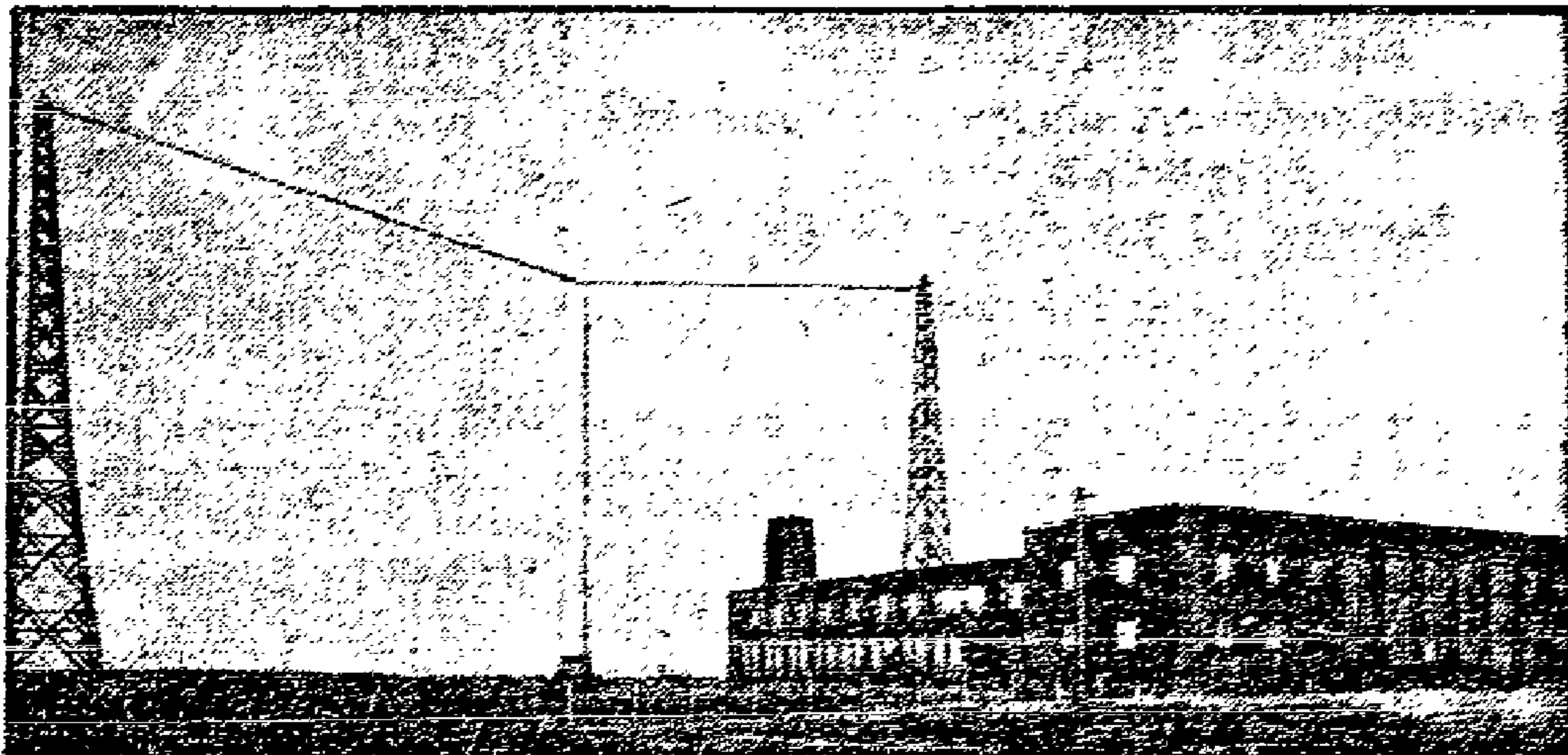
Aber was ist das schon gegen das frisch-fröhliche Weltkrieft

der andern? Und was könnten wir grade jetzt für herrliche Notstandsprogramme auf dem Gebiet der Kanonen- und Panzerplattenfabrikation durchzuführen, wenn wir könnten, wie wir wollten. Zehntausende, was sage ich, hunderttausende Erwerbslose würden in den Rüstungswerken ein Unterkommen finden, der Arbeitsmarkt wäre auf wahrhaft vaterländische Art entlastet, und wir würden an Krupp von der Krise genesen.

Allerdings, der Handel mit Kleinwaffen macht gute Fortschritte, auch im Exportgeschäft stehen wir da unsern Mann.

Gegen die bolschewistische Aetherpropaganda

Am 15. Dezember soll der neue ostpreussische Großen-Sender Heilsberg — unser Bild — in Betrieb genommen werden. So wie der vor kurzem eröffnete Großen-Sender Mühlacker versuchen soll, die nationalistiche Propaganda-Frankreichs zu übertröten, so ist der Heilsberger Sender besonders als Gegengewicht gegen die bolschewistische Aetherpropaganda gedacht. Die hölzernen Funktürme ragen 102 Meter hoch in die Luft. Der Sender selbst wird mit einer Wellenlänge von 276,5 Metern arbeiten.



Sollen die Lübecker Bazillenmörder straflos bleiben?

Prof. Deyles Schuld eindeutig erwiesen

Robert-Koch-Institut, Deutschlands erste Forschungsinstitut, gegen Reichsgesundheitsamt Mann erfolgt die Verhaftung der Schuldigen?

Lübeck, 12. Dezember. Die Zeitschrift für Tuberkulose veröffentlicht Einzelheiten über die Ergebnisse der Laboratoriumsuntersuchungen, die Prof. Dr. Bruno Lange mit den Lübecker Bazillenmördern unternommen hat. Das Ergebnis dieser Untersuchungen beweist — ein Verstummen ist nicht mehr möglich! — eindeutig die verbrecherische Schuld Prof. Deyles. „Unsere Befunde“, so behauptet Dr. Lange, „sprechen dafür, daß in Lübeck eine Verwechslung von Calmette-Kulturen mit fränklichverursachenden Kulturen vorgekommen sind.“

Der Reichsgesundheitsamt, der erst Mitte Dezember zu den Gutachten des Reichsgesundheitsamtes und zu den Untersuchungen

im Robert-Koch-Institut Stellung nimmt, hat sich bisher auf die Untersuchung Dr. Ludwig Langes vom Reichsgesundheitsamt gestützt. Nach diesem Gutachten wird zwar Calmette und sein Präparat nicht als die Schuldigen an dem Massenmord von über 70 Kindern hingestellt, doch läßt es aus durchsichtigen Gründen die Frage offen, ob Professor Deyle als Schuldiger in Frage kommt.

Diese verdächtig „normale“ Zurückhaltung wird nun durch das Ergebnis der Untersuchungen der Sendungsabteilung des Robert-Koch-Institutes

als ein harter Versuch, das Lübecker Verbrechen zu verschleiern, vor aller Welt entlarvt.

Deutschlands erste Forschungsinstitut kommt zu dem endgültigen Ergebnis, daß nur ein Versehen in der Impfstoffvorbereitung im Laboratorium Professor Deyles vorgekommen sein muß, ohne daß man im einzelnen die Verwechslung feststellen konnte.

Nach dieser harten Feststellung der verbrecherischen Schuld an dem Tode von über 70 Säuglingen proletarischer Herkunft wird es auch dem Lübecker Staatsanwalt, der bekanntlich zur Einleitung des Strafverfahrens gegen die schuldigen Ärzte erst geradezu geprügelt werden mußte, nicht mehr länger möglich sein, die Mörder aus Klassenpolitischen Gründen in Freiheit zu lassen. Trotzdem dürfen die menschlich denkenden Ärzte im Bunde mit der Arbeiterklasse nicht nachlassen im Kampf für die Befreiung der Lübecker Bazillenmörder.

Explosion in einer Munitionsfabrik

Zwei Arbeiterinnen getötet — Sechzehn schwer verletzt

Paris, 12. Dezember. In einer Patronenfabrik in Louva-la-Neuve ereignete sich am Donnerstag ein schweres Explosionsunglück, wobei zwei junge Arbeiterinnen getötet und sechzehn andere lebensgefährlich verletzt wurden. Die Explosion erfaßte beim Ausprobieren eines neuen Apparates, der vollkommen in Trümmer ging.

Funfprogramm

Sonntagsabend, den 13. Dezember:
 7 Uhr: Funfgeheimnis — Unvergessen Brüderzeit. — 14 bis 14.55 Uhr: Melodien aus unvergessenen Opern (Schaffhausenkonzert). — 15.20 Uhr: Jugendkammer. — 15.45 Uhr: Die der Berliner Volksgesundheitsamt. — 16.05 Uhr: Erlebnis eines Trauerjournals. — 16.30 Uhr: Dramatisches. — 18 Uhr: Die Erklärung der Welt. — 19.25 Uhr: Der Winter. — 19.55 Uhr: Gute Nachrichten. — 20.15 Uhr: Berliner Zeitungschronik. — 20.30 Uhr: Was nun? Eine Erklärung von Otto Klatz. — 20.50 Uhr: Was nun? — 21.15 Uhr: Was nun? — 21.30 Uhr: Was nun? — 21.45 Uhr: Was nun? — 22.15 Uhr: Was nun? — 22.30 Uhr: Was nun? — 22.45 Uhr: Was nun? — 23.00 Uhr: Was nun? — 23.15 Uhr: Was nun? — 23.30 Uhr: Was nun? — 23.45 Uhr: Was nun? — 24.00 Uhr: Was nun?

Erbauliches aus dem Ziegenstall eines Kirchenvorstandsmitgliedes

Frommer Vater — Fromme Töchter

Warum „Jungfrau“ Hildegard aus dem christlichen Mädchen- und Frauenverein Sangeneels ausgeschlossen wurde

Sauben, 12. Dezember. Seit da in der Landgemeinde Sangeneels bei Saubau ein Nichter namens Gustav Petermann, der als einer der tüchtigsten Funktionäre des christlichen Sozialarbeiterverbandes und als fernmündiges Kirchenvorstandsmitglied der Gemeinde weit und breit bekannt ist.

Seit Jahrzehnten wird er von den Pfaffen und anderen Antisozialen der Gemeinde als das Muster eines echt christlich-nationalen Mannes gegenüber den verworfenen Kommunisten, die das „Heiligtum der Familie zerstören“ wollen, herausgestellt. Selbstverständlich erfrucht er sich auch in hohem Maße des Vertrauens der Unternehmer, die durch Petermann manchen wertvollen Hinweis erhielten, wie von den Klassenbewußten Arbeitern am tüchtigsten gegen die gottgewollte Ordnung des heiligsten Profits kämpften und darum wert war, am ehesten abgebaut zu werden.

Doch diese fromme Stütze der Kirche ist jetzt gebrochen! Die ganze Gemeinde weiß es nun.

Gustav Petermann, Funktionär des christlichen Sozialarbeiterverbandes und Kirchenvorstandsmitglied, wirtschastlich sehr erfolgreich im Ziegenstall seines Hauses bis 17-jährige Tochter Hildegard.

Durch einen Zufall wurde diese böse Geschichte in Sangeneels und Umgebung bekannt. Hildegard, die Mitglied des christlichen

Jungfrauenvereins ist, war bei einem Zeichnerhepaa als Hausangestellte in Stellung. Das stark triebhafte, aber unerschöpfliche Mädchen wurde mit dem „Herrn des Hauses“ intim. Eines Tages wurde aber das Mädchen von der Ehefrau des Hausherrn in flagranti erwischt. Bei der nun folgenden Auseinandersetzung gab Hilde ihre Verwunderung über die Enttarnung der Ehefrau lebhaften Ausdruck und gab endlich herablos das sorgfältig gehütete Geheimnis des Ziegenstalles preis.

Sangeneels hat sein Tagesgespräch.

Wenn aber Kommunisten und andere „Familienzerstörer“ geglaubt haben, daß nunmehr die Randhüter den Petermann am Schlafstich nehmen würden, so haben sie eben nicht mit dem Einfluß des Kirche namtes gerechnet. Ober wie anders sollte es zu erklären sein, daß dieser nationale, christliche Sittlichkeitsverbrecher noch frei umherläuft? Das einzige, was bisher gelassen ist: „Jungfrau“ Hildegard wurde mit Schmach und Schande aus dem christlichen Mädchen- und Frauenverein ausgeschlossen.

Die Arbeiter und Kleinbauern von Sangeneels aber wissen jetzt, was sie von den moralischen Litzen „christlicher Arbeiterführer“ zu halten haben. Kämlich — nichts.

Unser Haus ist Sonntag von 3-7 Uhr geöffnet

SEHENSWERTE SPIELWAREN-AUSSTELLUNG

Konferenz der Funktionäre

der Partei und aller kommunistischen Funktionäre der proletarischen Massenorganisationen am Montag, dem 15. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, Genosse Walter Ulbricht spricht in dieser wichtigen Konferenz über: **Volksrevolution gegen die faschistische Diktatur**

Nachtveranstaltung am Sonnabend

Filme, Ansprachen, Musik, Spieltruppen. Beginn 23.30 Uhr.
Osten: Monopollichtspiele, Petersburger Straße 20. Eintritt 60 Pfennig, Erwerbslose 30 Pfennig.
Schwarzer Adler, Frankfurter Allee, Ecke Gürtelstraße. Eintritt 80 Pfennig, Erwerbslose 40 Pfennig.
Concordia-Palast, Andreasstr. 64. Eintritt 70 Pfennig, Erwerbslose 40 Pfennig.
Zentrum: Stella-Palast, Köpenicker Str. 12/14. Ansprache: Fritz Lange. Eintritt 80 Pfennig, Erwerbslose 50 Pfennig.
Rivoli, Bergmannstr. 5/7. Genosse Schneller spricht. Eintritt 60 Pfennig.
„Marga“-Lichtspiele, Gleimstr. 70. Eintritt 40 Pfennig.

1300 im Kerker

Große Winterhilfsveranstaltung der Roten Hilfe
Bezirk Berlin-Brandenburg.

Sonntag, 14. Dezember, 17 Uhr,
im Saalbau Friedrichshain,
am Friedrichshain 16/23

Programm: Rezitationen: Ilse Trautschold. — Rote Revue: „Rote Fackeln“, Berlin. — Schnellzeichner. — Musik: Kunstgemeinde Wedding. — Russische Tänze und Gesänge: Balalaika-Orchester „Iskra“. — Uebergabe der gesammelten Spenden an die von der Roten Hilfe betreuten Familien. — Einlaß 16 Uhr. — Eintritt 70 Pfennig, Erwerbslose 40 Pfennig.

Kundgebungen der Roten Hilfe

Sonnabend, den 13. Dezember, 20 Uhr:

Büttners Festsäle, Schwedter Str. 23: Auftreten der „Roten Fackeln“. Es rezitiert der kleine Sohn des zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilten Genossen Karl Peters. Schalmeyenmusik, Gesangliche Darbietungen. Eintritt 50 und 30 Pf. — Bohndorf, Gutshof Falkenberg: Auftreten der Spieltruppe „Rote Fackeln“. Ansprache. Eintritt 40 und 20 Pf. — Biesdorf-

Süd: Lichtbildvortrag: Kampf dem § 218. Lokal Lindner, Köpenicker Str. 165. — Potsdam: Hoflager, Luckenwälder Straße.

Monat des proletarischen Buches

Werkstätige, besucht die Ausstellungen
Zentrum: Bücherbude: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Worbes. Ausstellung im Laden, Köpenicker Str. 165.
Nord: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Nordsee. Ausstellung im Laden, Köpenicker Str. 165.
Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Süd: Bücherbuden: Inhaltlich: Ede Wälderstraße, am Markplatz. Bücherbude: Staniensplatz gegenüber Anton-Barenhaus. — Bücherbude: Bücherbude gegenüber Dietz. — Bücherbude: Teltower Straße 151 am Montag, den 15. Dezember, 12 bis 19 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.



ROSE-THEATER

Erlich Wille Hans Riese Edgar Kautsch
Große Frankfurter Straße 132
Billettkasse: Alex. 2422 und 2494
Wochentags 8^{1/2}, Sonnabends 7 und 10^{1/2} Uhr
Sonntags 2³⁰, 5¹⁵ und 9 Uhr
Der Drei-Einakter-Abend
„Diener zweier Herren“
„Die schöne Galathee“
und „Erster Klasse“
Mittwoch 8 Uhr und Sonnabend 8^{1/2} Uhr
„Bastelhaus und Quasselgreie“
Weihnachtsmärchen von Vicky Baum
Unser Weihnachtsprogramm:
1. und 2. Feiertag
3 Uhr: Zum letzten Male
„Familie Henschmann“
5¹⁵ Uhr: Zum letzten Male „Kukul“
9 Uhr: „Die Dollarpriazessin“
3. Feiertag
4¹⁵ Uhr: „Bastelhaus u. Quasselgreie“
7 u. 10^{1/2} Uhr: „Die Dollarpriazessin“
Der Vorverkauf ist eröffnet.

VOLKSBUHNE

THEATER AM BULOOWPLATZ
D 1 Norden 2946
Täglich 8 Uhr
Die Defraudanten
Komödie von A. Polgar
mit Alva Pallenberg
Regie: Karl Heinz Martin
GROSSES SCHAUSPIEL
mit Alva Pallenberg
HAUS
Im weißen Rössl
Eingepreist in vielen Bildern.
Cam. Spira, Hansa, Lieske,
Wallburg, Arno, Jankuhn,
Paul Häbiger, Lenz, Schaeffer,
Winkelstein, Schill, Dorn,
Stark-Gastelbauer.
Gesamtausst. Musik. Leitung:
Prof. Stern.
Sonn- u. Feiertags
nachm. 3 Uhr Billige Preise.
Regie Erik Charell

KAMERA

Unter den Linden 14
A 4, Zentrum 7179
Des großen Erfolges wegen
vergrößert
Eine interessante
Gegenüberstellung:
Douglas Fairbank
Der Mann
mit der Peitsche.
Anny Ondra, Siegf. Arno
Das Mädchen
mit der Peitsche.
Vorstellungen: 3, 6, 9 Uhr.

Bei mir billiger und besser!

Bettfedern Fertige Betten

Große Federn	Pfd.	nur 0.30	1.40
Mittlere Federn	Pfd.	nur 0.25	1.10
Kleine Federn	Pfd.	nur 0.20	0.80
Daunen	Pfd.	nur 1.50	7.00
Daunen	Pfd.	nur 1.50	10.50
Gefüllte Betten		40.50	16.50
Matratzenbetten		28.00	32.00
Daunenbetten		35.50	42.00
Kinderbetten		3.50	12.75
Kopfkissen		3.95	6.00
Fertige Oberbettmatten		7.50	11.50
Fertige Unterbettmatten		6.50	9.50
Fertige Kissenmatten		2.50	3.75
Schlafdecken, viele Sorten		1.50	2.50
Schlafdecken, einfarbig gemustert		1.50	2.50
Daunendecken, eigene Fabrikation		1.50	2.50

Annoncen roll und billig! Kein Laden!
Bettenhaus Grün
Berlin N. Brunnenstr. 115
Kein Laden! Hochparterre!
Straßenbahn: 4, 5, 9, 24, 38, 41, 59, 199 — Autobus: 29
Eisenbahn-Gesundbrunnen — U-Bahn Volkstraße
Versand nach auswärtig per Nachnahme — Nehme
Nichtgefallendes zurück

Möbel- Börcke

Spandau
Schubertstr. 64
Effe
Lederwaren
Kunststoffe
gut und billig
G. BÖRCKE
Oderberger Str. 43

Casino-Theater

1/2 Lotzinger Straße 71
Karl
Der Neusche Lehemann
Tage des großen Weltprojekts
Für die Welt Gullivers 1-4 Part.
Gautheil 1.25, Seibel 1.75
Sonntags Briefe: Parf. 0.80, Ring 0.60
Bavaria / Ballett
Metalbetten, Chaiselonges 24,
Polsterstühle, Stahlmatten, Sofa
Günst. Berlin, Pappmöbel, 12
Günst. Pankow, Schwedstr. 4

ABEND des proletarischen Buches

Sonnabend, d. 13. Dez., abds. 8 Uhr
im großen Pharusaal, Müllerstraße
Es lesen
aus eigenen Werken:
Karl Grünberg, Paul Körner, Hans
Marchwitza-Essen, Adam Scharrer,
Otto Biha, ein japanischer Genosse
u. a.
Außerdem Agitproptruppe Kolonne Stürmer
Buchaussstellung, Riesentombola
Anschließend an den offiziellen Teil:
Gemütliches Beisammersitzen mit Tee

KLEINE ANZEIGEN

Vermietungen

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Möbel

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Herrenkleidung

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Wenig getragene

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Patentmatten

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Musikinstrumente

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Radioartikel

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Fahrräder

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Verschiedenes

Zentralrat Schillerstr. 18. Wir fordern alle roten Parteimitglieder und Kader, Parteimitglieder auf, bei der nächsten Konferenz am Freitag, dem 14. Dezember, 19.30 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, 10 Uhr, teilzunehmen. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr. Die Konferenz beginnt um 19.30 Uhr.

Piscator Bühne

Im Wainer-Palast, Billettkasse Alexander 492-3
Täglich 8^{1/2} / Sonntag nachm. 3^{1/2}
Mond von links
Komödie in 12 Bildern von Bjelozerskowskij
Regie: Martin Rarb
Schauspielleitung: Wolfgang Götter
Preise von 50 Pfennig bis 6 Mark
Gegen Vorzahlung dieses Inzerates (von 2.—) halb. Kassenpreis

HERREN- KLEIDER- FABRIK

Einziges Geschäft
in Berlin
N U P
Spittelmarkt 12
Sonntag von 3—7 Uhr geöffnet
Hochwertigkeiten zu fast Friedenspreisen